Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der ATTAC-Bewegung (21.06.2004)

Sand im Getriebe 34

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

rtf/.pdf-Version unter ***www.attac.de/rundbriefe*** *html-Version unter* ***www.attac-austria.org/sig/sig.php*** *email an die Redaktion*: **sig@attac.de**



Der Perspektivenkongreß von Attac und Verdi hat ein bemerkenswertes Ergebnis gebracht: es wurde mitgroßem Ernst darüber gesprochen, wie der Widerstand gegen **die dreiste Drohung mit Arbeitszeitverlängerung** verbunden werden kann mit der offensiven **Forderung nach radikaler Arbeitszeitverkürzung, nach solidarischer Umverteilung der Arbeit**. SiG26 hatte dazu einen Vorschlag von Mohssen Massarrat veröffentlicht unter dem Titel "30 Stunden Woche für Europa". (Seite 4) Dieser Vorschlag wird hier in erweiterter Form wiederholt und von Betriebsräten, Gewerkschaftern, Wissenschaftlern und Aktivisten debattiert. Die **Frage des Lohnausgleichs** ist strittig, aber einig sind sich alle, dass **die Frage der Arbeitszeit von zentraler Bedeutung ist** für ein strategisches Bündnis der rebellischen außerparlamentarischen Kräfte. Einig sind sich auch alle, dass sich ein solches Projekt **nicht im nationalstaatlichen Rahmen** verwirklichen lässt. Und ebenfalls einig sind sich auch alle, dass eine **Umverteilung** von Arbeit ein ziemlich fundamentales Projekt von **historischer Dimension** ist. „Wenn es richtig ist, dass der Kampf um die Intensität der Arbeit und die Länge der Arbeitszeit im Zentrum der Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit stand und steht, stellt sich die Frage, **wie wird ein richtiges Ziel zur materiellen Gewalt."(** Sybille Stamm S.10**)**

Man kann dieser Auseinandersetzung nicht ausweichen, denn der Neoliberalismus ist in der Offensive, er braucht die Massenarbeitslosigkeit, die „industrielle Reservearmee"(Marx), um die Löhne der noch Beschäftigten zu senken und ihre Arbeitszeit zu verlängern. **Es ist die diabolische Spirale nach unten, die durchbrochen werden muss**. Es geht darum, die unverschämten Angriffe zurückzuweisen und „die gesellschaftliche **Hegemonie über die Zeitfrage** (wieder) zu erobern". Die Solidarität und die Phantasie der Betroffenen innerhalb der Betriebe und der Marginalisierten außerhalb der Betriebe ist gefragt. Eine **offensive Defensive** ist angesagt, die **kurzfristige**, **mittelfristige** und **langfristige** Ziele verknüpft. Eine Defensive, die mit einer Vision, einer zündenden Idee verbunden wird, einer Idee, die unmittelbar sicherlich nicht erreichbar ist, für die es sich aber zu kämpfen lohnt. Mit langem Atem und taktischen Geschick. Eine solche Vision könnte die „30 Stunden Woche für Europa" sein. Jedenfalls ist die Debatte angestoßen!

Inhaltsverzeichnis:

Wir danken den Attacies, die mit ihren Vorschlägen und ihrer Mitarbeit diese Nummer überhaupt erst möglich gemacht haben. Wir danken coorditrad@attac.org und allen ehrenamtlichen ÜbersetzerInnen,. Die Redaktion dieser Nummer: Peter Strotmann (Attac Deutschland), Marie-Dominique Vernhes, Barbara Waschmann (Attac Österreich;)

Die Redaktion wird auf der Sommerakademie von ATTAC Deutschland anwesend sein (Sa 31.7. ab 15 Uhr)
(**http://www.attac.de/sommerakademie2004/website/index.php?aufruf=cms&name=home**)
Themen des Workshops:
Austausch mit Mitgliedern der Redaktion von Sand im Getriebe
Kooperationsmöglichkeiten mit der Redaktion Einbeziehung von Beiträgen aus Ortsgruppen in eine Beilage von Sand im Getriebe
Ausblick: Veröffentlichungsstruktur von ATTAC-De: Bilanzierung und Vorschläge

Gemeinsame Pressemitteilung zu den Ergebnissen des Perspektivenkongresses „Es geht auch anders!“ Berlin, 16. Mai 2004

Rund 2000 Teilnehmer bei »Perspektivenkongress« in Berlin
Konzepte für Steuergerechtigkeit, Bürgerversicherung und Arbeitszeitverkürzung
Mit rund 2000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern hat der »Perspektivenkongress«, der heute in der TU Berlin zu Ende geht, die Erwartungen der Veranstalter weit übertroffen. Unter dem Motto »Es geht auch anders!« ging es in 125 Veranstaltungen um Alternativen zur neoliberalen Politik und Strategien zu ihrer Durchsetzung. In den Vorträgen, Workshops und Podien wurde deutlich, dass es - anders als von Regierung und Opposition behauptet - viele realisierbare Alternativen gibt.
Statt die sozialen Sicherungssysteme abzubauen und zu privatisieren, sollten sie zu einer **umfassenden Bürgerversicherung für alle** Menschen und Einkunftsarten ausgeweitet werden. Auf große Zustimmung stieß auch das Konzept einer »**Solidarischen Einfachsteuer**« von ver.di und Attac, das kleine und mittlere Einkommen entlastet, während Steuerflucht bekämpft wird. Den aktuellen Bestrebungen, die Arbeitszeiten zu verlängern, setzte der Kongress die Forderung nach **Umverteilung und Verkürzung der Arbeitszeiten** entgegen. Auf breite Ablehnung stießen die Hartz-Gesetze, die für Millionen Menschen auch jeden noch so schlecht bezahlten Job für zumutbar erkären oder sie in die Armut treiben. Gefordert wurden stattdessen **existenzsichernde Löhne, auskömmliche Renten und eine Grundsicherung für alle**.
Beim Kongress wurde zudem deutlich, dass viele politische Fragen im Zeitalter der Globalisierung nicht auf nationaler Ebene zu lösen sind, sondern dass soziale Rechte auf internationaler Ebene durchgesetzt und ausgeweitet werden müssen. **Dazu müsse die EU dringend ihre neoliberale Orientierung aufgeben und demokratischer werden.**
Um einen Richtungswechsel in der Politik zu erreichen, wollen die Träger des Kongresses, darunter neben Gewerkschaften Organisationen aus Wissenschaft, Kirche, Sozialverbänden und viele weitere politische Initiativen und soziale Bewegungen, ihre Zusammenarbeit ausbauen. **Neben lokalen Bündnissen wurden beim Kongress Aktionen zu den Themen Steuergerechtigkeit und Arbeitszeitverkürzung beraten. Auch zeichnet sich ab, dass es im nächsten Jahr erstmals ein Sozialforum in Deutschland geben wird.**

Für Rückfragen: Cornelia Haß (Pressesprecherin ver.di), Tel. 0160-1528827 Malte Kreutzfeldt (Pressesprecher Attac), Tel. 0170-2334746 Michael Knoche (Pressesprecher IG BAU), Tel. 0171-5316472

Bertrand Russel

Nehmen wir an

Nehmen wir an,
daß gegenwärtig eine bestimmte anzahl von menschen
mit der herstellung von nadeln beschäftigt ist.
Sie machen so viele nadeln, wie die weltbevölkerung braucht
und arbeiten acht stunden täglich.

Nun macht jemand eine erfindung, die er ermöglicht,
daß dieselbe zahl von menschen
doppelt so viele nadeln herstellen kann.
Aber die menschheit braucht nicht doppelt so viele nadeln.
Sie sind bereits so billig,
daß kaum eine zusätzliche verkauft würde,
wenn sie noch billiger würden.

In einer vernünftigen welt würde jeder,
der mit der herstellung von nadeln beschäftigt ist,
jetzt eben vier statt acht stunden täglich arbeiten,
und alles ginge weiter wie zuvor.
Aber in unserer realen welt
betrachtet man so etwas als demoralisierend.

Die nadelarbeiter arbeiten noch immer acht stunden,
es gibt viel zu nadeln.
Einige nadelfabrikanten machen bankrott,
und die hälfte der leute verlieren ihren arbeitsplatz.

Es gibt jetzt, genau betrachtet,
genausoviel freizeit wie bei halber arbeitszeit;
denn jetzt hat die hälfte der leute
überhaupt nichts mehr zu tun,
und die andere überarbeitet sich.

Auf diese weise ist sichergestellt,
daß die unvermeidliche freizeit elend hervorruft,
statt daß sie quelle des wohlbefindens werden kann.

Kann man sich etwas irrsinnigeres vorstellen?

Weniger Erwerbsarbeit und mehr Lebensqualität als Alternative zu Massenarbeitslosigkeit und neoliberaler Diktatur

30-Stunden-Woche für Europa

Mohssen Massarrat

Die anhaltende Massenarbeitslosigkeit in Europa ist das größte Hindernis für echte und an den Menschen orientierten Reformen. Klassische keynesianische Konzepte reichen längst nicht aus, um die Massenarbeitslosigkeit zu bewältigen. Der Neoliberalismus verdankt seinen Siegeszug nicht der eigenen konzeptionellen und moralischen Überlegenheit, sondern in erster Linie der Krise des Keynesianismus und der linken Parteien. Es ist den neoliberalen Ideologen, Parteien und Institutionen gelungen, die Nöte und sozialen Unsicherheiten der Menschen für ihre unsichtbare Diktatur und kulturelle Hegemonie zu instrumentalisieren und weltweit manchesterkapitalistische Bedingungen durchzusetzen. Die Zeit dafür ist reif, den Neoliberalismus durch ein an den Menschen orientiertes Leitbild für *weniger Erwerbsarbeit, mehr Lebensqualität und Beschäftigung* abzulösen. Dazu bedarf es allerdings einer neuen Allianz aus Gewerkschaften und breiten zivilgesellschaftlichen Bewegungen, die die Kraft finden Tabus abzulegen und das historische Projekt der Neugestaltung von Erwerbs- und Eigenarbeit, der Umsetzung von qualitativen Wachstumsstrategien und des Einleitens einer gerechteren Welt wirkungsvoll anzupacken.

Massenerwerbslosigkeit und Krise des Keynesianismus

Die Massenerwerbslosigkeit ist ein weltweites Phänomen. In den Industrieländern bewegt sich die Arbeitslosenrate in einer Spannbreite von 3% (Luxemburg) bis 12% (Spanien). In den östlichen und südlichen Transformations- und Entwicklungsländern beträgt sie 20% und deutlich darüber. Die Ursachen sind dabei nicht dieselben: hohe Wachstumsraten gehören in den hoch entwickelten kapitalistischen Staaten der Vergangenheit an, sie bewegen sich seit Anfang der siebziger Jahre tendenziell unterhalb der Steigerungsrate der Arbeitsproduktivität. Das hohe Rationalisierungstempo als Folge des flächendeckenden Einsatzes von High-Tech und Kommunikationstechnologien kann durch die Mobilisierung von neuen Wachstumskapazitäten trotz erheblicher Anstrengungen nicht mehr aufgefangen werden. In den entwickelten Industrieländern wird immer mehr gesellschaftlicher Reichtum mit immer weniger lebendiger Arbeit produziert, ganze Bevölkerungsschichten verlieren ihre Arbeit und werden auf Dauer vom Arbeitsprozess und vom Wirtschaftskreislauf abgekoppelt. In den Transformations- und Entwicklungsgesellschaften werden zwar sehr hohe Wachstumsraten erzielt und die Wachstumsressourcen werden für lange Zeit auch beträchtlich bleiben. Auch hier herrscht trotz hoher Wachstumsraten und Wachstumspotentiale Massenerwerbslosigkeit, weil die Aufnahmekapazität der Arbeitsmärkte dieser Gesellschaften nicht groß genug ist, um jenes beträchtliche neue Arbeitskräftepotential aus den noch nicht durchkapitalisierten Bereichen zu absorbieren.

Der klassische, auf Vollbeschäftigung orientierte „Links-Keynesianismus“ lieferte über mehrere Jahrzehnte in den OECD-Staaten wirkungsvolle Konzepte zur Eindämmung der Massenerwerbslosigkeit. Als Strategie zur Mobilisierung von Wachstumsressourcen war er während der Nachkriegsära in den Industriestaaten des Nordens mit ihren als unerschöpflich erscheinenden Wachstumskapazitäten in der Tat unschlagbar. Wo aber Wachstumsressourcen zur Neige gehen, das Rationalisierungstempo rasant ansteigt und extensive durch intensive Wachstumsstrategien abgelöst werden, verlieren keynesianische Instrumente, auch hinsichtlich der Schaffung von Arbeitsplätzen, ihre Durchschlagskraft.[1] Dies ist m.E. der Hauptgrund für die Krise des Beschäftigungs-Keynesianismus seit dem Beginn der achtziger Jahre und für die tiefgreifende Unsicherheit der Links-Keynesianer aller Schattierungen gegenüber den neoliberalen Postulaten von Liberalisierung, Privatisierung, Deregulierung und Flexibilisierung. Bis heute befindet sich die keynesianische Beschäftigungspolitik in einer Defensive, aus der sie auch absehbar nicht herauskommen dürfte.

Keynesianismus und Neoliberalismus haben - wie die Szenarien der Erwerbslosigkeit für den Zeitraum 1997-2010 belegen - beide keine wirksamen Konzepte zur Lösung der Massenarbeitslosigkeit. Demnach wird z.B. in Deutschland, selbst bei sehr optimistischen Wachstumsraten von jährlich 2,6 - 2,8% bis 2010, die Massenerwerbslosigkeit nicht abnehmen,[2] weil für diesen Zeitraum Wachstumsraten der Arbeitsproduktivität zwischen 2,4 - 2,6% prognostiziert werden. Nur durch deutlich höhere Wachstumsraten kann jedoch mit einem Abbau der Erwerbslosigkeit gerechnet werden. Inzwischen wurden die prognostizierten Wachstumsraten durch die realen Wachstumsraten, die zwischen 1997-2003 deutlich unter 2% lagen, drastisch unterschritten. Höhere Wachstumsraten waren und sind also unrealistisch. Sie sind - selbst wenn sie erreichbar wären - auch aus ökologischen Gründen nicht wünschenswert. Ungeachtet der Problematik der ökologischen Wachstumsgrenzen können angesichts der weiterhin zu erwartenden Erhöhung der Arbeitsproduktivität und der wachsenden Erwerbslosigkeit auch Maßnahmen wie Förderung kommunaler Investitionstätigkeit, Impulse für den Binnenmarkt durch Steuersenkung, Förderung des Mittelstandes, Investitionsprogramme für die Modernisierung der Infrastruktur und der Umwelt - wie sie aus dem Kreis linker Sozialdemokraten und der Gewerkschaften als Alternative zur Agenda 2010 erhoben werden - bestenfalls die weitere Zunahme der Erwerbslosigkeit bremsen. Sie reichen allein zur Überwindung von Massenarbeitslosigkeit nicht aus.

Die neoliberale Diktatur

Der klassische Kenynesianismus zielt auf Vollbeschäftigung, scheitert aber an Grenzen, die durch eine Wechselwirkung von steigender Arbeitsproduktivität und sinkender Wachstumsressourcen hervorgerufen werden. Der Neoliberalismus braucht dagegen die Massenerwerbslosigkeit. Er gleicht einer imaginären globalen Mega-Planierraupe, die auf der Schiefebene des globalen Lohngefälles dahin rollt und dabei alle politischen und moralischen Schranken niederreißt, die den Interessen der

[1] Ungeachtet seines Bedeutungsverlustes als Beschäftigungsstrategie bleibt der Keynesianismus auch in den OECD-Staaten weiterhin ein wirksames Steuerungskonzept bei Konjunkturschwankungen. In den Transformationsgesellschaften scheinen keynesianische Konzepte auch hinsichtlich der Mobilisierung von Wachstumsressourcen und Beschäftigungskapazitäten die Zukunft noch vor sich zu haben.

[2] Altmann, Jörn, 2000: Wirtschaftspolitik, Stuttgart.

Reichen dieser Welt entgegen stehen. Die Liberalisierung der Finanzmärkte, Privatisierung und Deregulierung aller Lebensbereiche beschleunigen zusätzlich das Bewegungstempo dieser globalen Mega-Maschine, das globale Lohngefälle bleibt aber ihre Hauptantriebskraft. Diese Mega-Maschine ist die Metapher für eine unsichtbare Diktatur der Reichen und eines neuen Typs kapitalistischer Akkumulation, die - nicht zu verwechseln mit Adam Smith unsichtbarer Hand des Marktes - auch ohne den Absolutismus des Manchesterkapitalismus und die Militärdiktaturen in der Dritten Welt für Lohnsenkung und Arbeitszeitverlängerung in den Industrieländern und für Hungerlöhne in der Dritten Welt sorgt, und die, auch ohne Faschismus und Stalinismus, unbemerkt demokratische Errungenschaften aufzehrt. Diese Diktatur ist in Wirklichkeit gefährlicher, gerade weil sie unsichtbar, dafür aber umso wirkungsvoller nicht nur die Weiterentwicklung der Gerechtigkeit und der Demokratie blockiert, sondern weil sie die bis dato aufgebauten Fundamente der Gerechtigkeit und Demokratie schleichend wegspült.

Diese unsichtbare Diktatur ist es auch, die dafür sorgt, dass hart erkämpfte soziale Errungenschaften abgebaut, Unternehmen und Staaten von ihrer sozialen Verantwortung entlastet werden und dass ein globaler Lohnniedrigsektor etabliert wird. Diese Diktatur ermöglicht ferner, dass eine reibungslose Umverteilung von unten nach oben, von Süden nach Norden stattfinden kann und dass Regierungen gegen Gewerkschaften, Kommunen und Länder gegen den Bund, jüngere gegen ältere Generationen, Männer gegen Frauen und Inländer gegen Ausländer ausgespielt werden. Der Handlungsspielraum für die Zukunftsgestaltung, für Strategien zum ökologischen Umbau, Klimaschutz und globale Armutsbekämpfung werden auf Null reduziert. Reformen verlieren dabei auch begrifflich ihren gestalterischen Sinn und werden zu Maßnahmenbündeln des Sozialabbaus umdefiniert. In diesem System erst einmal verhaftet, beginnen selbst Regierungen mit sozialökologischem Reformanspruch entgegen der eigenen Programmatik zu handeln und - wie die Bundesregierung - soziale Einschnitte, wie beispielsweise Lockerung des Kündigungsschutzes, höhere Arbeitnehmeranteile an den Gesundheitskosten und Erhöhung des Rentenalters, wider besseren Wissens als Reformprogramme zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit auszugeben. Die Nöte und Sorgen der Menschen um ihre Zukunft, der Wunsch von Millionen Arbeitslosen nach Beschäftigung - in der EU sind es inzwischen mehr als 14 Millionen Menschen - werden zur Legitimation von Scheinlösungen gegen die Erwerbslosigkeit instrumentalisiert. Wo die gesamten Denk- und Handlungskapazitäten von Gesellschaften auf Scheinlösungen und Lebenslügen gelenkt werden, erledigen sich alle Anstrengungen für eine zukunftsfähige und gerechtere Welt von selbst.

Diese neoliberale Diktatur funktioniert so lange wie der Teufelskreis der Massenarbeitslosigkeit und der Abwärtsspirale der Lohnsenkung erhalten bleibt und solange die einseitige Liberalisierung entlang der asymmetrischen Achse globaler Machtungleichheit das Tor zur hemmungslosen Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft und natürlicher Ressourcen offen hält. So lange schöpfen auch neoliberale Propagandisten aus diesem Teufelskreis ihre als eine unsichtbare Diktatur wirkende "kulturelle Hegemonie", und so lange können sie unwidersprochen diesen Teufelskreis als Naturgesetz - *there is no alternative* - ausgeben, dem sich alle zu beugen haben. - Und sie beugen sich: sozialdemokratische und sozialistische Parteien bis hin zu katholischen Bischöfen verneigen sich vor diesem gnadenlosen "Sachzwang". Während der Neoliberalismus linke Parteien wie führungslose Züge vor sich hertreibt und sie zu willigen Vollstreckern seiner "Reformen" macht, verlieren diese Parteien ihre soziale Basis und die Gewerkschaften ihre Mitglieder. Die nächste Etappe neoliberaler Offensive zur Durchsetzung der Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich ist längst im Gange. Zunächst verlängert der öffentliche Dienst - wie Ende März 2004 angekündigt - die Arbeitszeit auf 40 oder gar 42 Stunden, um dann die Übertragung der Arbeitszeitverlängerung auf alle Bereiche unausweichlich zu machen.

Neoliberale Hegemonie angesichts der Krise des Keynesianismus

Der Neoliberalismus verdankt seinen Siegeszug und seine weltumspannende kulturelle Hegemonie nicht der eigenen konzeptionellen und moralischen Überlegenheit, sondern in erster Linie den Schwächen linker Parteien und Gewerkschaften, letztlich der Krise des klassischen Beschäftigungs-Keynesianismus, an dem die Linke immer noch festhält. Dieser setzt jedoch wegen der anhaltend steigenden Produktivität, Rationalisierung und Massenentlassungen hohe Wachstumsraten voraus, die in hoch entwickelten Industrieländern - wie oben erwähnt - längst an ihre ökologischen Grenzen gestoßen sind.

Neoliberale Verheißungen, wie mehr Beschäftigung durch Wachstum und weniger Armut durch Liberalisierung, lassen - nach einem Viertel Jahrhundert neoliberaler Globalisierung - immer noch auf sich warten. Die Massenarbeitslosigkeit hat überall - in Industrie- wie in Dritte Welt-Ländern - auch dort, wo Wachstum möglich war, nicht ab-, sondern zugenommen. Auch die globale Armut und der Abstand zwischen Einkommensgruppen haben sich verschärft. Die Heilsversprechungen des Neoliberalismus‘ zur Modernisierung der Industrie- und Entwicklungsländer haben sich als pure Ideologie erwiesen. Heraus gekommen ist dagegen, dass Reiche reicher und Arme ärmer wurden. Der Neoliberalismus ist eine Strategie der Reichtumsumverteilung und des Nullsummenspiels, führt an einem Ort zu mehr Beschäftigung, weil an einem anderen Ort gleichzeitig Menschen auf die Straße gesetzt werden, und er stimuliert Wachstum nur durch Verbilligung von Arbeit und Natur, somit durch Überausbeutung menschlicher Arbeitskraft und natürlicher Lebensgrundlagen. Echte Modernisierungen - wo sie durch den Zerfall verkrusteter staatlicher wie nicht-staatlicher Strukturen tatsächlich stattfinden - sind allenfalls Nebeneffekte neoliberaler Konzepte, jedoch nicht deren Hauptzweck.

Als weiteren Negativposten neoliberaler Rezepte erlebten Millionen Menschen dank einer grenzenlosen Liberalisierung der Finanztransaktionen die sozialen Auswirkungen von Finanzskandalen und Buchhaltungsfälschungen einer Reihe international agierender Großbanken und -konzerne. Viele Menschen kennen inzwischen das wahre Gesicht des Neoliberalismus und spüren ihre Ohnmacht gegen die unsichtbare Diktatur der Reichen. Nicht ohne Grund können offizielle Zusammenkünfte neoliberaler Repräsentanten inzwischen nur noch unter Polizeischutz stattfinden, während der Widerstand gegen die neoliberale Globalisierung weltweit gewachsen ist. Es wäre aber politisch naiv, deshalb den Neoliberalismus in einer ernsthaften Legitimationskrise zu wähnen. Diese Legitimationskrise muss m.E. erst herbeigeführt werden.

Das humanitäre Leitbild als Alternative zur neoliberalen Leitkultur

Wettbewerbsfähigkeit durch mehr Arbeit und weniger Lohn und Sozialleistungen, diese Leitkultur hat der Neoliberalismus längst in die Köpfe der Menschen eingepflanzt. Seine kulturelle Hegemonie wirkt wie eine ideologische Richtschnur, an der sich Neoliberale überall in der Welt orientieren - ohne dass es deshalb

eines neoliberalen Zentralkomitees bedurft hätte. Neoliberale Schlüsselbegriffe und Wertekanons werden dabei ausschließlich aus der Sicht des Kapitals, der Industriekonzerne und Finanzmagnaten interpretiert. Unter dieser Perspektive meinen Neoliberale mit Liberalisierung nicht mehr Freiheit für die Menschen, sondern die ungehinderte Bewegung der Finanz- und Warenströme über den gesamten Globus. Mit Flexibilisierung meinen sie nicht die Idee, den vielfältigen Bedürfnissen und Interessen der Menschen Rechnung zu tragen, sondern die menschliche Arbeit und Existenz überhaupt soweit wie möglich den betriebswirtschaftlichen Effizienzkriterien, dem Tempo der Roboter und dem 24-Stunden-Rhythmus der Verwertungsmaschinerie unter zu ordnen. Mit Privatisierung meinen sie keineswegs die Erweiterung menschlicher Privatsphäre und der Räume für selbstbestimmte Eigenarbeit sowie andere Möglichkeiten der Selbstverwirklichung durch Zurückdrängung der entfremdeten Erwerbsarbeit - nein, das meinen sie damit ganz und gar nicht. Vielmehr ist damit gemeint, so viel als möglich an öffentlichen Gütern wie soziale Dienste, Gesundheitspflege, Bildung, Wasser- und Energieversorgung, die Sicherheit (Polizei und Armee) - warum nicht auch die Justiz - dem Zugriff der Finanzwelt zuzuführen und kapitalistischen Verwertungsbedingungen unter zu ordnen. So gesehen verkehrt der Neoliberalismus die an sich positiven Werte wie mehr individuelle Freiheiten und Flexibilität, mehr Raum für die Privatsphäre der Menschen, Werte also, die die Menschen faszinieren, inhaltlich ins Gegenteil und wendet sie im realen Leben gegen mehr individuelle Freiheiten und die Grundbedürfnisse für die Menschen. Welche Politik aus diesem Leitbild im Einzelnen abgeleitet wird, erleben wir in Deutschland durch die Folgen der rot-grünen Agenda 2010 für Rentner, für Erwerbslose und im Prinzip für alle sozialen Versorgungsdienste. Wir erfahren sie durch Vorschläge der „waschechten“ Neoliberalen in der Opposition, denen all die unsozialen "Reform"-Pakete der rot-grünen Regierung noch nicht weit genug gehen, und wir erleben die Auswirkungen neoliberaler Politik in ähnlicher Form auch in allen anderen Ländern der EU.

Die Zeit dafür ist reif, dem neoliberalen Leitbild, das sich der Fianzwelt, dem Kapital und den Maschinen verpflichtet, ein anderes Leitbild, das aus den Interessen, Grundbedürfnissen und Grundrechten der Menschen herrührt, gegenüber zu stellen. Die weitverbreitete Lebenslüge, *alles was für die Wirtschaft gut ist, ist auch für die Menschen gut*, muß in die zukunftsfähige Lebensweisheit *alles was für die Menschen gut ist, muß auch für die Wirtschaft gut sein* humanitär gewendet werden. Die usurpierten Schlüsselwerte wie individuelle Freiheiten, Vielfalt menschlicher Bedürfnisse und das Recht an erweiterten privaten Entfaltungsräumen müssten zurückerobert, aus humanitärer Sicht neu interpretiert und auf alle gesellschaftlichen Bereiche in konkrete Handlungen übersetzt werden. Das Fehlen dieses Leitbildes ist der Hauptgrund für das Ohnmachtsgefühl und die Lähmung vieler Menschen, die angesichts der konkreten Auswirkungen des Neoliberalismus auf ihren Alltag ihr Vertrauen in alle politischen Parteien und Repräsentanten, ja selbst auch in die Gewerkschaften verloren haben. Dieselben Menschen würden aber aller Wahrscheinlichkeit nach ihre Ohmacht und Selbstblockade lieber heute als morgen überwinden, würde eine am Menschen orientierte Perspektive am gesellschaftlichen Horizont für alle erkennbar angekündigt werden. Diese Perspektive legt allen Reformkräften in der Gesellschaft nahe, mit einem humanitären Leitbild, das den Menschen Hoffnung gibt und sie motiviert, in die politische Offensive zu gehen und der neoliberalen Lebenslüge die Legitimationsgrundlage zu entziehen.

Aus der Krise in die politische Offensive!

Was bedeutet aber unter den Bedingungen der Schwäche linker Parteien und Gewerkschaften der Krise des Links-Keynesianismus, eine politische Gegenoffensive? Ist es möglich, den neoliberalen Teufelskreis zu durchbrechen, die globale Mega-Planierraupe zu bremsen, die unsichtbare Diktatur zu entzaubern und die kulturelle Hegemonie des Neoliberalismus durch ein humanitäres Leitbild zu überwinden? Die Antwort lautet grundsätzlich ja, aber nur unter bestimmten Bedingungen: *Erstens* müsste von der Illusion der Wunder eines ungebändigten Wachstums Abschied genommen werden und *qualitatives Wachstum* als ökonomisch wie moralisch positives Ziel anerkannt werden. Selbst ein *Nullwachstum auf hohem Niveau* ist ein höchst anspruchsvolles Ziel, das Gestaltungspotentiale mobilisiert. Und *zweitens* müsste die Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit - 30-Stunden-Woche bis 2010 - als die einzig mögliche Alternative zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit in den Vordergrund gestellt und qualitativen Wachstumsmustern konform konzipiert werden. Eine Strategie des qualitativen Wachstums zielt auf den Ausbau von sozialen Dienstleistungen, der ökologischen Landwirtschaft und der regenerativen Energiequellen. Dies sind Boomsektoren, die gerade in hochentwickelten Industriegesellschaften wie Deutschland eine schier unerschöpfliche Quelle für neue Arbeitsplätze darstellen. Dass soziale Dienstleistungen nur Geld und Steuereinnahmen belasten, ist eine Legende, bestenfalls ein Teil der Wahrheit. Die ganze Wahrheit ist, dass auch im sozialen Dienstleistungssektor hochwertige Arbeitsplätze entstehen und immaterielle Reichtümer beträchtlichen Ausmasses geschaffen werden.

Qualitatives Wachstum, weniger Erwerbsarbeit, mehr Lebensqualität – dies sind neue inhaltliche Orientierungspunkte, die helfen, verlorenes Terrain für echte Reformen und für eine sozial und ökologisch gerechtere Welt zurück zu gewinnen. Dazu bedarf es allerdings einer in sich stimmigen, realisierbaren und auch politisch vermittelbaren Alternative zur neoliberalen Strategie des *mehr Arbeit für weniger Lohn und Massenarbeitslosigkeit*. Dreh- und Angelpunkt auch der 30-Stunden-Woche ist die *Wettbewerbsfähigkeit*. Der Neoliberalismus verwandelt dieses Steuerungsprinzip kapitalistischer Produktion in eine *heilige Kuh*, der menschliche Grundbedürfnisse zu opfern sind. Die humanitäre Alternative muss überzeugend dokumentieren, dass Wettbewerbsfähigkeit mit einer ökonomisch, ökologisch und sozial gerechten Gesellschaft und einer gerechten Weltwirtschaftsordnung nicht im Widerspruch stehen muss. Die kostenneutrale *Verkürzung der Erwerbsarbeit auf die 30-Stunden-Woche ohne (bzw. mit gestaffeltem) Lohnausgleich bis 2010*, d. h. weniger Erwerbsarbeit ohne zusätzliche Kosten für die Kapitalseite, aber auch für den öffentlichen Dienst als den größten Arbeitgeber, trägt sowohl dem Prinzip Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft wie dem Interesse der öffentlichen Arbeitgeber Rechnung. Für private und öffentliche Arbeitgeber entstehen dadurch keine zusätzlichen Personalkosten. Die Alternative *kostenneutrale Verkürzung der Erwerbsarbeit* ist, wie im Folgenden näher erläutert wird, in sich stimmig und auch realisierbar, ohne kapitalistische Rahmenbedingungen auf den Kopf stellen zu müssen.

Umverteilung von Arbeit und Einkommen

Eine Umverteilung der Erwerbsarbeit und des Einkommens ohne substanzielle Wohlstandsverluste ist - dies kann vorausgeschickt werden- durchaus möglich. In 2002 waren in Deutschland 42.022 Millionen Erwerbspersonen, 37,962 Millionen Erwerbstätige und 4.060 Millionen Erwerbslose registriert. Die Erwerbstätigen leisteten insgesamt 55.881 Mrd. Stunden Arbeit. Um Vollbeschäftigung zu verwirklichen, müsste dieses Arbeitsvolumen auf 42,022 Millionen Erwerbstätige umverteilt

werden. Die 2002 geleistete Jahresarbeitszeit von 1.472 Stunden reduzierte sich dann auf 1.330 um 142 Stunden, somit um 9,6 %.[3] Die Verkürzung der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit für abhängig Beschäftigte von 34,6 Stunden in 2002 auf 30 Stunden in 2010 entspricht einer Arbeitszeitverkürzung um 13,3 %, sie führt in einem statischen Modell rein rechnerisch zu "Überbeschäftigung". Bei einer dynamischen Betrachtung nimmt die 30-Stunden-Woche die frei werdenden Beschäftigungskapazitäten als Folge weiterer Produktivitätssteigerungen - die demnächst zu erwarten sind - jedoch vorweg und stellt daher eine richtige Zielgröße dar, die Massenarbeitslosigkeit zu überwinden und die erreichte Vollbeschäftigung mittelfristig auch zu halten.

Soweit die Statistik. - Die entscheidende Frage ist jedoch, wie die Alternative *kostenneutrale Verkürzung der Erwerbsarbeit* bei den lohn- und gehaltsabhängig Beschäftigten akzeptanz- und auch gesellschaftlich mehrheitsfähig gemacht und politisch durchgesetzt werden kann. Die Kostenneutralität bedeutet die sukzessive Senkung des Bruttoeinkommens der abhängig Beschäftigten von 1.130,53 Mrd. Euro in 2002 bis 2010 um 13,3 % bzw. insgesamt ca. 150 Mrd. Euro. Dieser Einkommensverzicht erscheint für Millionen Beschäftigter, die einkommensschwach sind, als eine Zumutung und ist es auch. Genau darin liegt deshalb auch die Hauptschwäche dieser Alternativstrategie begründet, die jedoch nicht unüberwindbar sein dürfte:

Erstens könnten die dabei eingesparten Kosten der Erwerbslosigkeit - sie betragen in Deutschland jährlich ca. 80 Mrd. Euro[4] - zur Staffelung bzw. teilweisem Lohnausgleich, vor allem bei unteren Lohn- und Gehaltsgruppen, verwendet werden, und *zweitens* müsste die Restsumme von 70 Mrd. Euro im Wesentlichen durch höhere Einkommensgruppen aufgebracht werden. Bei der Beurteilung der Zumutbarkeit für die Hinnahme von Einkommensverlusten in dieser Größenordnung sollte jedoch folgendem Umstand Rechnung getragen werden: Die Job-Besitzer und gut Verdienenden verloren in den letzten zwei Dekaden gerade wegen anhaltender Massenerwerbslosigkeit und der darauf beruhenden dramatisch geschwächten Kampfkraft der Gewerkschaften auf schleichendem Wege ohnehin ihren "Besitzstand", und zwar durch Reallohn-Abbau und Streichung von Sozialleistungen. Mehr noch: gegenwärtig haben Neoliberale eine neue Offensive für mehr Arbeit bis 42 Stunden in der Woche und zwar ohne Lohnausgleich gestartet. Es besteht kaum Zweifel, dass sie - dank des Drucks der Mega-Planierraupe, den diese auf der schiefen Ebene des globalen Lohngefälles permanent erzeugt - auch durchaus in der Lage wären, ihre neuerliche Offensive durchzusetzen, würde ihr eine wettbewerbsneutrale Gegenoffensive für *weniger Erwerbsarbeit mit aller Macht nicht entgegengesetzt werden*. Dass die 30-Stunden-Woche durchaus ein realisierbares Ziel ist, zeigen die Entwicklungen in Holland und Dänemark. In Holland beträgt die durchschnittliche Wochenarbeitszeit inzwischen sogar unter 30 Stunden und die Erwerbslosenquote 3,2 %, beide Werte sind die niedrigsten in Europa. In Dänemark beträgt die Wochenarbeitszeit 33,5 Stunden und die Arbeitslosenquote 4,7 %.[5] Je niedriger also die durchschnittliche Wochenarbeitszeit, desto geringer die Erwerbslosigkeit. Dieses Ziel wurde in beiden Ländern, vor allem durch die Verwandlung einer beträchtlichen Anzahl von Vollzeit- in Teilzeitarbeitsplätze, d. h. im Endergebnis und in Übereinstimmung mit den Gewerkschaften durch die Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit ohne Lohnausgleich erreicht.

Mit einem Verzicht auf Lohnausgleich auch in Deutschland heute wird ferner dafür gesorgt, dass morgen Einkommenszuwächse überhaupt möglich werden. Natürlich ließe sich rein rechnerisch auch eine Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich begründen, beispielsweise durch Umschichtung der Steuerentlastungen von der Kapitalseite auf die Seite der abhängig Beschäftigten. Dafür gibt es auch gute soziale und moralische Gründe. Dennoch bleibt diese rechnerisch und moralisch durchaus begründete Option - wie in den letzten 15-20 Jahren - auch in Zukunft defensiv und politisch wirkungslos, weil sie dem massiven Druck der neoliberalen Mega-Planierraupe und den Drohungen, Betriebe in alle Richtungen, erst nach Osteuropa und dann in den Süden, auszulagern, ökonomisch nichts entgegen setzt. Umgekehrt wird die Alternative *kostenneutrale Arbeitszeitverkürzung* trotz Einkommenszugeständissen an die Kapitalseite, so ihre Akzeptanzfähigkeit bei den abhängig Beschäftigten gewährleistet ist, zu einer politisch offensiven Strategie, weil sie dem Kapital den durch die neoliberale Mega-Maschine wirkungsvoll erzeugten Wind ebenso wirkungsvoll aus den Segeln nimmt. Obgleich Unternehmerverbände auch dann nicht aufhören würden, das weiterhin bestehende globale Lohngefälle für ihre Ziele von *mehr Arbeit ohne Lohnausgleich* mit der einkalkulierten Massenarbeitslosigkeit zu instrumentalisieren, würden sie doch angesichts einer mit erheblichen Zugeständnissen der abhängig Beschäftigten verbundenen Alternative mächtig unter Legitimationsdruck geraten. Ließen sich Neoliberale und Unternehmerverbände auf Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich ein, begäben sie sich auf den Rückzug; verweigerten sie sich dagegen dieser Alternative, dann riskieren sie das Auseinanderbrechen der neoliberalen Allparteien-Koalition. So oder so - die neoliberale Hegemonie geriete aller Wahrscheinlichkeit in jene Legitimationskrise, die nötig ist, um große Hindernisse für die humanitäre Perspektive *weniger Erwerbsarbeit, mehr Lebensqualität und Vollbeschäftigung* aus dem Weg zu räumen. Der Damm, der die globale Mega-Planierraupe abbremsen könnte, wäre errichtet.

Weniger Erwerbsarbeit und mehr Flexibilität

Die 30-Stunden-Woche ist zunächst eine Zielgröße und der Orientierungspunkt eines neuen humanitären Leitbildes, das nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit für die Wirtschaft, sondern in noch stärkerem Masse den Menschen in den Vordergrund stellt. Diese Zielgröße müsste allerdings aus der Mikro-Perspektive auf die unendlich vielfältigen, betrieblichen Besonderheiten und Erfordernisse der Groß- und Mittelstandsbetriebe, des öffentlicher Dienstes und der kommunalen Versorgungsbetriebe flexibel für Beschäftigte und am Kundeninteresse orientiert übersetzt und geregelt werden. Warum sollten sich die 4 Millionen Menschen, die im Gesundheitssektor arbeiten, einer flexibleren Arbeitszeit im Interesse einer patientenfreundlicheren Dienstleistung verweigern, wenn ihnen im Gegenzug eine flexible Arbeitszeitregelung zugestanden würde, die ihren individuellen Freiheitsraum spürbar verbessert. Warum sollte dasselbe Prinzip nicht auch für andere Bereiche, ja für den gesamten Dienstleistungsbereich in Kommunen und Gemeinden, gelten.

---

[3] Näheres vgl. Anlage.

[4] Der hier geschätzte Betrag beruht auf für 1997 detailliert berechneten Kosten von 165,9 Mrd. DM bei 4,384 Millionen Erwerbslosen (vgl. Altmann, 200, S. 114 f.)In 2002 dürfte sie geringer ausfallen, möglicherweise um ca. 8 % angesichts von 4,060 Millionen, d. h. 8 % weniger Erwerbslosen. Die Kosten der Arbeitslosigkeit setzen sich zusammen aus Ausgaben und Mindereinnahmen für die Bundesagentur für Arbeit, für den Bund, die Länder und Gemeinden sowie für die Kranken- und Pflegeversicherung.

[5] Vgl. dazu Spitzley, Helmut, 2003: Vorwärts zur 42-Stunden-Woche? In: Tageszeitung vom 25.11.2003.

Dies humanitäre Leitbild eröffnet durch flexiblere Wochen-, Monats-, Jahres- und Lebensarbeitszeit insofern die Perspektive, den spezifischen Bedürfnissen aller abhängig Beschäftigten, der Teilzeitbeschäftigten, der Alleinerziehenden und unterschiedlicher Altersgruppen differenzierter als bisher Rechnung zu tragen und ihnen dadurch zu ermöglichen, ihre individuellen Freiheitsräume und Gestaltungsoptionen zu erweitern sowie ihre Privatsphäre zwecks sinnvollerer Kombination zwischen Erwerbs- und Eigenarbeit neu zu organisieren.

Europäische Perspektive des Projekts

Diese Perspektive ist zwar komplex, jedoch mittelfristig letztlich unausweichlich. Arbeitszeitverkürzung als nationale Politikstrategie dürfte dem massiven Druck der neoliberalen Mega-Maschine nicht standhalten. Als europäisches Konzept kann sie umgekehrt die Strategie der europaweit organisierten Konzerne durchkreuzen, die europäischen Staaten durch Standortwettbewerb gegeneinander ausspielen. Die europäische Perspektive erfordert durchaus nicht den gleichzeitigen Start des Projektes in allen europäischen Staaten. Es dürfte genügen, die Initiative zunächst auf einige wichtige EU-Staaten mit starken Traditionen der Arbeiterbewegung, sozialen und globalisierungskritischen Bewegungen - wie Frankreich, Italien, Deutschland, England und Spanien - zu konzentrieren. Das wäre komplex genug und für alle Beteiligten ohnehin eine Herausforderung von historischem Gewicht. Nicht unwichtig ist auch - quasi als Nebenprodukt - die Herausbildung einer sozialpolitisch untermauerten europäischen Identität und die Entwicklung einer gemeinsamen Strategie nicht nur gegen die kulturelle Hegemonie des Neoliberalismus in Europa, sondern auch für den Aufbau einer multilateralen, sozial- und ökologisch gerechten Weltordnung.

Globale Gerechtigkeit

Die Umverteilung der Arbeit ohne Lohnausgleich innerhalb unterschiedlicher Einkommensgruppen der abhängig Beschäftigten in Deutschland, in Europa und in allen entwickelten Industrieländern schwächt teilweise den Wachstumszwang und bremst von innen das Tempo der Mega-Planierraupe, erteilt ihm jedenfalls keine zusätzlichen verteilungsbedingten Impulse. Noch gravierender ist das Signal, das von der Bereitschaft der Menschen für *weniger Erwerbsarbeit und mehr Lebensqualität* gegen *weniger Einkommen und Wirtschaftswachstum* insgesamt ausgeht. Aus der Perspektive der ökologischen und globalen Gerechtigkeit ist die Einsicht immer weniger strittig und immer mehr handlungsrelevant: Mit dem Ende des 20. Jahrhunderts ist das Zeitalter des ökonomischen Wachstums und der Konsumsteigerung in den Industrieländern des Nordens endgültig vorbei. Im 21. Jahrhundert stehen Umverteilung und nachhaltige Entwicklung auf der Tagesordnung. Die Umverteilung der Arbeit muss daher mit einer Umverteilung des Einkommens zwischen reichen und armen Ländern einher gehen. Nur so erhielte die Perspektive einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung und der Reformen globaler Institutionen (WTO, IWF, Weltbank) eine materielle und moralische Grundlage. Dies gilt umso mehr, als die bisher erzielten Wachstumszuwächse und Einkommenssteigerungen auch bei abhängig Beschäftigten in den Industrieländern auf Grund asymmetrischer Strukturen der Weltwirtschaft zum Teil aus diversen Süd-Nord-Umverteilungsprozessen wie dem unfairen Handel, Sozial- und Ökodumping, Kapitalflucht, Brain Drain und Übernutzung natürlicher Ressourcen in allen Weltregionen herrühren. Wie man sieht, kann das Projekt 30-Stunden-Woche auch ein Fenster zu einer anderen und gerechteren Weltordnung öffnen. Dies ist ein weiterer Grund, weshalb das Projekt ein europäisches sein müsste. Europa hätte in der Weltwirtschaft jenes ökonomische Gewicht, das nötig ist, um für die Reformen der gegenwärtigen Weltwirtschaftsordnung die erforderliche Sogwirkung zu erzeugen.

Historisches Projekt für Gewerkschaften und Zivilgesellschaft

Die Gefahr von Bumerang-Effekten, vor allem der Zunahme von Schwarzarbeit bei Arbeitszeitverkürzungen und Einkommensverlusten, ist nicht von der Hand zu weisen. Um diese Effekte aufzufangen, bedarf es gleichzeitig der Entwicklung alternativer Möglichkeiten zur Gestaltung der Freizeit, zur Erhöhung individueller Selbstverwirklichungsoptionen und zur Steigerung der Lebensqualität. Diese Möglichkeiten einer sinnvolleren Kombination der Erwerbsarbeit zur Eigenarbeit und Veränderung herkömmlicher Konsummuster müssten akzeptanzfähig, erfahr- und erlebbar gemacht werden. Insofern hätte das Projekt eine umfassendere, gesellschaftliche Reichweite, die über die beschäftigungspolitische Dimension deutlich hinausgeht. Alternative Projekte, wie geschlechtergerechte Arbeitsteilung, Weiterbildung und Selbstverwirklichung, bürgergesellschaftliche Initiativen zur Unterstützung Bedürftiger und zum Schutz der Umwelt, erhielten einen spürbaren Rückenwind. Einem Minus von Einkommen steht ein Plus an verfügbarer Zeit für jeden selbst, für die Familie und für ein solidarisches Zusammenleben, insgesamt ein Mehr an Lebensqualität und Zeitwohlstand, gegenüber. Die hier nur ansatzweise genannten Interessen, Bedürfnisse, Strategien und Visionen sozialer Bewegungen, NGOs, kirchlicher Organisationen für eine sozial und ökologisch gerechtere Welt stünden nicht länger im Gegensatz zu gewerkschaftlichen Interessen, sondern ergänzten und bedingten einander. Darauf beruht die Hoffnung zur Herausbildung einer breiten gesellschaftlichen Allianz und eines hegemonialen Projektes für "eine andere Welt".

Delegitimierung des Neoliberalismus

Die Bereitschaft zum Verzicht auf Lohnausgleich, d.h. die Kostenneutralität des Projektes, liefert keine Garantie für dessen Akzeptanz auf der Seite der neoliberalen Ideologen und der Unternehmerverbände. Denn das Projekt als Ganzes tangiert die Fundamente der asymmetrischen Macht- und Reichtumsverteilung in Deutschland und - in einem größeren Zusammenhang - auch auf der Welt. Daher muss damit gerechnet werden, dass rückwärtsgewandte Unternehmerverbände, neoliberale Medien, Parteien sowie Politiker und Politikerinnen dieses Projekt trotz des weitreichenden Entgegenkommens der abhängig Beschäftigten aufs Schärfste bekämpfen werden. Die Bildung einer breiten gesellschaftlichen Allianz für das Projekt erfordert daher bei allen Beteiligten erhebliche Anstrengungen und eine offensiv geführte Debatte und Aufklärung, nicht zuletzt auch in den eigenen Reihen. Der Verzicht auf Lohnausgleich ist neben dem Beitrag für eine ökologische und sozial gerechtere Weltwirtschaft der strategische Kern des Projektes, um aus der Defensive herauszukommen. Die wachsende Ablehnung neoliberaler Globalisierung, die inzwischen alle gesellschaftlichen Gruppen erfasst hat, bietet eine Plattform für Konsensbildung und die Entstehung einer hegemonialen Allianz mit sozialökologischer Ausrichtung. Die globalisierungskritischen Strömungen in Europa, vor allem attac, könnten dabei zwischen Gewerkschaften, Kirchen, Umwelt- und Eine-Welt-Bewegungen die Rolle einer kommunikativen Brücke übernehmen. Die nach Porto Allegre entstandenen Sozialforen könnten sich als Vorboten für eine breite gesellschaftliche Allianz erweisen, das "Projekt Agenda 2010 / 30-Stunden-Woche in Europa" voran zu bringen.

Einwände

Viele teils berechtigte, teils mißverständlich entstandene Einwände sind explizit oder implizit in den obigen Ausführungen beantwortet worden. Dennoch macht es Sinn, zur Vermeidung von neuen oder anderen Mißverständnissen und zur Klärung von möglichen, immer noch offenen Fragen, die nach der Veröffentlichung des ersten Entwurfs dieses Beitrages schriftlich oder bei mündlichen Debatten vorgetragen worden sind, auf die zentralen Einwände des Projekts *Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit ohne Lohnausgleich* im Einzelnen einzugehen und dabei die einen oder anderen Aspekte kritisch reflektierend hervorzuheben, die bei obiger Darstellung unpräzise geblieben oder vielleicht ganz herausgefallen sind:

Sozial ungerecht und defensiv

Wenn es nicht gelänge, den gegenwärtigen Lebensstandard unterer Einkommensgruppen zu halten, wäre das Konzept tatsächlich nicht nur ungerecht, sondern auch nicht mobilisierungsfähig. Durch eine Umschichtung von ca. 80 Mrd. Euro zu Gunsten einkommensschwacher Gruppen, die die Arbeitslosigkeit gegenwärtig kostet, könnten die Verluste diese Einkommensgruppen rein rechnerisch mehr als wettgemacht werden. Immerhin machen diese Mittel ca. 60 % der Einkommensverluste aller abhängig Beschäftigten aus. Effektive Verluste höherer Einkommensgruppen von ca 70 Mrd.Euro, die von den insgesamt 150 Mrd. Euro Einkommensverlust übrig bleiben, bedeuten zwar weniger Geld auf der Hand, jedoch nicht zwangsläufig einen geringeren Wohlstand daheim. Vielmehr ist es naheliegend, dass dadurch der Anreiz beträchtlich erhöht wäre, die Präferenzen zu Gunsten sinnvoller Konsumgüter neu zu setzen und dabei auf „verschwenderischen“ Konsum (hier und da vielleicht Zweitautos, mehrmalige Kurzurlaube auf Mallorca, den Kanaren und noch weiter entfernt liegenden Urlaubsparadiesen u.ä.) zu verzichten und der sinnvolleren Nutzung der vorhandenen Ressourcen (z. B. durch car-sharing, Generationen überschreitendes Wohnen u.a. m.) einen höheren Wert einzuräumen. Soziale Gerechtigkeit erhielte bei weniger Erwerbsarbeit jenseits rein monetärer Größen ohnehin einen qualitativ neuen Sinn.

Eine Arbeitszeitverkürzung, die unter dem Strich kostenneutral ist, sei ein großes Zugeständnis an die Kapitalseite und daher defensiv. In der Praxis läßt sich die Frage defensiv oder offensiv, nicht logisch und abstrakt, sondern nur historisch und in Abhängigkeit von konkreten Rahmenbedingungen beantworten. In den achtziger Jahren wäre dieses Konzept rein tarifpolitisch in der Tat defensiv gewesen. Damals war es möglich, die 35-Stunden-Woche auch bei vollem Lohnausgleich durchzusetzen, diese Forderung war auch gesellschaftlich mehrheitsfähig. 2003 scheiterte dasselbe Konzept in den neuen Bundesländern; viel schlimmer, das Scheitern half der Kapitalseite, ihre Strategie *Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich* hemmungsloser als je zuvor zur Sprache zu bringen und sie auch Schritt für Schritt durchzusetzen.

Sinkende Binnennachfrage

Bei einer statischen Betrachtung sinkt rein rechnerisch bis 2010 die Binnennachfrage im Vergleich zu 2002 um 13,3 %. Bei einer dynamischen Betrachtung und der zu erwartenden steigenden Kampfkraft der Gewerkschaften besteht jedoch die begründete Aussicht, entsprechend den Produktivitätssteigerungen Einkommenszuwächse durchzusetzen, so dass das gegenwärtige Niveau der Binnennachfrage unter dem Strich mittelfristig durchaus erhalten bliebe. In dem Maße wie soziale Dienstleistungen durch Umschichtung der Ressourcen ausgebaut und damit neue Potentiale für qualitatives Wachstum erschlossen werden, in dem Maße könnte die Binnennachfrage im Rahmen des qualitativen Wachstumsmusters langfristig sogar erhöht werden.

Steigende Verdichtung der Arbeitsleistung, neue Rationalisierungsschübe und daher weitere Massenentlassungen

Tatsächlich haben Arbeitszeitverkürzungen in der Vergangenheit in der Tat die Erhöhung der Arbeitsintensität durch Beschleunigung des Arbeitsprozesses und durch mehr Stress hervorgerufen. Dabei hat allerdings der dabei erzielte Lohnausgleich und die Kostensteigerung durchaus eine nicht unwichtige Rolle gespielt. Die Kapitalseite reagierte auf Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich ihrerseits in der Regel mit Rationalisierung und Massenentlassungen, sowie durch Steigerung des Arbeitstempos und inhumane Flexibilisierung der Arbeit. Die Kostenneutralität der Arbeitszeitverkürzung nimmt dagegen dem Kostendruck eher die Spitze und könnte den Arbeits- und Wachstumsprozess teilweise sogar entschleunigen. Bei dem Entgegenkommen durch den Verzicht auf Lohnausgleich hätten Gewerkschaften bei den dann fälligen Tarifverhandlungen auf jeden Fall einen größeren tarifpolitischen Spielraum, die Kapitalseite zur Einstellung von Erwerbslosen im Umfang der Arbeitszeitverkürzung zu verpflichten.

Systemimmanenz

Dieser Einwand trifft zunächst einmal zu. Verkürzung der Erwerbsarbeit mit oder ohne Lohnausgleich ist per se nicht antikapitalistisch. Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich steuert zwar konsequenter als bisher das System zur ökosozialen Marktwirtschaft und könnte den Kapitalismus in den Industrieländern durch steigende Akzeptanz sogar stabilisieren. Auch eine andere gerechtere Weltwirtschaft läutet durchaus nicht das Endes des Systems ein, ganz im Gegenteil: eine gerechtere Verteilung des Einkommens in der Welt in den Industrieländern nach dem Krieg - zu allererst die globale Konsumnachfrage und verbessert damit die Voraussetzung für eine erneute Entfesselung der Kapitalakkumulation und des globalen Wirtschaftswachstums in ungeahntem Ausmass. Über diese Perspektive sollte man sich keine Illusionen machen. Und dennoch öffnet das Leitbild *weniger Erwerbsarbeit, mehr Lebensqualität und Beschäftigung für alle* ein Fenster der Hoffnung, um einen immer größeren Teil der materiellen Güterherstellung und Dienstleistungen den Triebkräften der kapitalistischen Akkumulation und den diesen innewohnenden "Sachzwängen" zu entreißen und dem menschlichen Willen zuzuführen; immerhin eine Perspektive, die revolutionärer sein kann als verbalradikale Kapitalismuskritik.

Attac könnte mit einer Kampagne zur Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich ins Zentrum der gesellschaftspolitischen Debatte stoßen

30 Stunden Woche - ein strategisches Projekt

Winfried Wolf

Die politische Bedeutung der Massenerwerbslosigkeit kann gar nicht überschätzt werden. **Es handelt sich um *das* zentrale Thema in der real existierenden kapitalistischen Welt**. Wer, wie attac, gesellschaftspolitisch aktiv sein will, und wer, wie attac, sich für einen gesellschaftlich-emanzipatorischen Prozess einsetzen will, der muss dieses Thema aufgreifen, ja, er und sie müssen ihm einen zentralen Stellenwert einräumen. Mohssen Massarrats Initiative trifft hier also ins Volle.
Die politische Bedeutung von Arbeit wiederum ist vergleichbar zentral. Wer mit der Parole antritt "Eine andere Welt ist möglich!", der wird früher oder später Stellung nehmen müssen zur **Frage**, **wer die gesellschaftlichen Werte in der "neuen - anderen - Welt" schaffen wird** und welcher Arbeitsbegriff dem zugrunde liegt. Mohssen Massarrats Initiative für eine Kampagne für eine europaweite 30-Stunden-Woche trifft auch hier ins Schwarze: Nur eine Gesellschaft mit deutlich weniger (von den Beschäftigten erzwungener) Arbeitszeit nähert sich einer Gesellschaft der Freien, nur eine deutlich reduzierte Arbeitszeit lässt den schöpferischen Charakter von Arbeit wieder in den Vordergrund rücken.
Die politische Bedeutung der Massenarbeitslosigkeit wird des weiteren vor allem angesichts der realen Arbeitslosenzahlen (im Mai 2004 4,3 Millionen) und des Dilemmas im real existierenden neoliberalen Kapitalismus deutlich, in dem die Wachstumsrate der Produktivität in der Regel deutlich über dem Wirtschaftswachstum liegt und so die reale Zahl der Arbeitslosen tendenziell ständig weiter steigt. Werden die Mai-2004-Zahlen nur vorsichtig um die jüngsten statistischen "Beschönigungen" bereinigt, so steigt derzeit die Massenerwerbslosigkeit weiter - trotz eines bescheidenen Wirtschaftswachstums. Nur eine **radikale Senkung der Arbeitszeit** - z.B. von derzeit real im gesamtdeutschen Durchschnitt rund 38 Stunden auf 30 Stunden oder um rund 25 Prozent - könnte auch die Massenerwerbslosigkeit radikal reduzieren. Schließlich ist der von Mohssen Massarrat gewählte Ansatz einer europaweiten Kampagne goldrichtig. Er wird der wirtschaftlichen Realität vom EU-Block gerecht. Mit ihm wird das gegenseitige Ausspielen der Standorte erschwert. Er stellt ein Stück Internationalismus dar. Attac wäre auch eine Struktur, die europaweit (und international) diesen Gedanken transportieren könnte.

Geschichte der Emanzipation - Geschichte des Kampfs um die Länge des Arbeitstags

Mohssen schreibt, dass wir es aktuell mit einer "Mega-Maschine", mit einer "unsichtbaren Diktatur der Reichen und einem neuen Typ kapitalistischer Akkumulation" zu tun hätten, die "auch ohne den Absolutismus des Manchesterkapitalismus und die Militärdiktaturen in der Dritten Welt für Lohnsenkung und Arbeitszeitverlängerung in den Industrieländern und für Hungerlöhne in der Dritten Welt" sorgen würden und die "auch ohne Faschismus und Stalinismus unbemerkt demokratische Errungenschaften aufzehren" würde.(1)

Als Resultat einer aktuellen Kapitalismus-Analyse und gerade auch mit Blick auf die Arbeitszeitverkürzung würde ich anders gewichten und ins Zentrum stellen, dass wir **derzeit die klassische Dynamik des Kapitalismus - wenn auch mit besonderen Ausprägungen - erleben und dass eine "Sonderperiode" spätestens Ende der achtziger Jahre zu Ende ging** - eine "Sonderperiode", die geprägt war von hohen Wachstumsraten (bis Ende der siebziger Jahre), von einer Blockkonfrontation, die gewisse soziale Rücksichtnahmen abverlangte (bis 1989/90), und von einem damit zusammen-hängenden gesellschaftlichen Kräfteverhältnis, das für die Arbeiterbewegung und für soziale Bewegungen relativ günstig war. Was wir in der gesamten Dritten Welt und in großen Teilen der ehemaligen "Zweiten Welt" erleben, ist doch "der Absolutismus des Manchesterkapitalismus", gepaart mit autoritären Regimen - siehe zum Beispiel Pakostan, China, Russland die Freihandelszonen des lateinamerikanischen Kontinents und Asiens mit Millionen Beschäftigten. Was wir haben ist nicht eine "unsichtbare Diktatur der Reichen", sondern eine *sichtbare* Diktatur weniger Konzern- und Banken-Bosse, ist eine Markt- und Machtdominanz von ca. 200 weltweit operierenden Konzernen, von denen wiederum 190 ihren Sitz in dem einen Dutzend führender kapitalistischer Industriestaaten haben (den G-7-Staaten plus Niederlande, Schweiz, Schweden, Spanien und Belgien).(2) Auch das - die Macht des großen Kapitals, die enorme Kapitalkonzentration und die Internationalisierung dieser Macht - ist nicht neu; siehe die Englische Ostindische Kompanie auf dem Höhepunkt des britischen Empires, siehe den Satz des Siemens-Mitbegründers Walther Rathenau aus dem Jahr 1909, wonach "300 Männer, von denen jeder jeden kennt, die wirtschaftlichen Geschicke des (europäischen) Kontinents leiten".(3)
Da allein menschliche Arbeit Werte und Reichtum schafft, Grundlage des Heißhungers nach Profit und Profitmaximierung ist, besteht seit Existenz des Kapitalismus die zentrale Frage im folgenden "Dreiklang": Wieviele Menschen in absoluter Zahl kann das Kapital ausbeuten (Zerstörung von Subsistenz-Wirtschaften; Kommerzialisierung von allem und jedem)? Wie lange kann der individuelle Arbeitstag - also die Ausbeutung der Ware Arbeitskraft - ausgedehnt werden (theoretisch liegt die Grenze bei 24 Stunden)? Wie viel oder besser wie wenig muss dafür an Arbeitslohn (v) gezahlt werden oder wieviel des Werts, der in einem Arbeitstag erstellt wird, kommt als Mehrwert (m) direkt dem Kapital bzw. den Kapitaleignern zugute?
Dieser analytische Ausgangspunkt - aber nicht nur dieser! - legt es nahe, **den Kampf zur Arbeitszeitverkürzung in seinem historischen Kontext** zu sehen. Die Geschichte der Arbeiterbewegung durchzieht der Kampf zur Reduktion des Arbeitstags, der Arbeitszeit - bei gleichzeitigem Kampf um einen als "angemessen" erscheinenden Arbeitslohn. Und das ist zusammen immer ein Kampf zur Begrenzung der Ausbeutung in Zeit und Wert.
Marx legte dar, dass "die Festsetzung eines normalen Arbeitstags das Resultat eines vielhundertjährigen Kampfs zwischen Kapitalist und Arbeiter" ist.(4) Und er beschreibt diesen Kampf in Kapital Band 1, Kapitel VII, "Der Arbeitstag", derart plastisch,

dass die Lektüre immer wieder neu Sinn macht - gerade weil sie mir brandaktuell erscheint und ich diesen (qualitativ) “neuen Typus der Akkumulation” nicht erkennen kann.
Es gab den jahrzehntelang andauernden Kampf in England um die **10-Stunden-**Bill, dessen Teilerfolge in der Mitte des 19. Jahrhunderts in Gesetzesformen gegossen wurden. Es gab den Kampf in Nordamerika um den **8-Stunden-**Tag, der bereits 1866 auf dem allgemeinen Arbeiterkongress von Baltimore in klassischer Weise formuliert wurde: “Das erste und große Erheischnis der Gegenwart, um die Arbeit dieses Landes von der kapitalistischen Sklaverei zu befreien, ist der Erlass eines Gesetzes, wodurch acht Stunden den Normalarbeitstag in allen Staaten der amerikanischen Union bilden sollen.”(5) Es gab die 8-Stunden-Gesetzgebung nach der Novemberrevolution 1918 in Deutschland. Und es gab den Kampf für Arbeitszeitverkürzung nach dem Zweiten Weltkrieg: in Westdeutschland zunächst (in den fünfziger Jahren) mit der Kampagne um die **5-Tage-Woche** (mit dem patriarchalen Slogan “Samstags gehört Papa mir!”) und ab 1977 in den Kampagnen für eine Reduktion der Wochenarbeitszeit, zentralisiert in den achtziger Jahren mit der Kampagne für die **35-Stunden-Woche**.(6) Obgleich die dann erzielten Beschlüsse zur 35-Stunden-Woche aufgeweicht und deren Umsetzung über eine viel zu lange Zeit ausgedehnt wurde (siehe den SiG-Debattenbeitrag von S. Stamm in dieser Nummer), sei festgehalten: In der gesamten Zeit 1974 bis 2004 gab es nur eine einzige Periode, in der die Massenerwerbslosigkeit in Westdeutschland über fünf Jahre hinweg nicht mehr stieg und auch deutlich sank - das waren die Jahre, die auf die Umsetzung der 35-Stunden-Woche folgten. 1986-1988 stagnierte die offizielle Arbeitslosenzahl in der BRD bzw. in Westdeutschland bei 2,2 Mio,1989 sank sie auf 2,037 Millionen, 1991 nochmals auf 1,689 Millionen. Seit 1992 steigt sie erneut an.(7)

Die zentrale Frage des Lohnausgleichs

So richtig die von Mohssen geforderte Kampagne für eine 30-Stunden-Woche ist, so falsch ist der Ausgangspunkt (“der strategische Kern des Projekts”, wie das M.M. nennt), auf einen Einkommensausgleich ganz oder weitgehend verzichten zu wollen.
Es sind drei Aspekte, mit denen ich dies begründen will:

1. Eine Kampagne für Arbeitszeitverkürzung bei weitgehendem Lohn- und Gehaltsverzicht schließt eine breite Unterstützung durch die Gewerkschaften aus, ist zunächst “bündnistechnisch” falsch und fatal.
Die bisherigen historischen Kampagnen für Arbeitszeitverkürzung waren immer mit (weitgehendem) Lohn- und Gehaltsausgleich verbunden. Nie handelte es sich um Kampagnen, in denen die Gewerkschaften und Lohnabhängigen von vornherein den Kapitalisten mit dem Lockruf entgegentraten: “Für Euch soll es kostenneutral sein.” In früheren Zeiten spielte das Argument Lohnausgleich nicht die zentrale Rolle, weil nicht nach Stunden, sondern nach Arbeitstag oder Arbeitswoche bezahlt wurde - und die Forderung nach einem verkürzten Arbeitstag oder einer kürzeren Arbeitswoche automatisch einen Einkommensausgleich implizierte. In den achtziger Jahren, beim Kampf um die 35-Stunden-Woche, war das Thema Lohn- und Gehaltsausgleich allerdings zentral. Die Kampagne funktionierte nur und erst, als die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung unzweideutig mit dem Lohn- und Gehaltsausgleich verknüpft war.
Eine Kampagne zur Arbeitszeitverkürzung kann auch heute nur im engen Bündnis mit den Gewerkschaften und **mit den Gewerkschaften als zentraler Kraft** durchgeführt werden. Eine Orientierung auf einen (weitgehenden) Lohnverzicht wird jedoch von vornherein einen großen Teil der gewerkschaftlichen Kräfte ausschließen und bestenfalls äußerst rechte oder elitäre Kreise im gewerkschaftlichen Lager interessieren. Das ist keineswegs so, weil hier das “Besitzstandsdenken” vorherrschen würde; ich fände es fatal, wenn ausgerechnet in dieser Debatte und ausgerechnet in attac eine solche Terminologie sich breit machen würde.(8) Die Gewerkschaften und insbesondere die fortschrittlichen Kräfte in ihnen können für Arbeitszeitverkürzungen nur bei Lohnausgleich eintreten, weil die Höhe der Löhne und Gehälter für die große Mehrheit der Lohnabhängigen und der gewerkschaftlich Organisierten nicht den entsprechenden Spielraum für einen Lohnverzicht von mehr als 25 Prozent bietet. (Die Reduktion der Arbeitszeit von derzeit rund 38 auf 30 Stunden entspricht einer Reduktion um 26.7%). Das durchschnittliche monatliche Bruttoverdienst eines Arbeitnehmers (Arbeiter und Angestellte) lag 2001 im Westen bei 2817 Euro und im Osten bei 2013 Euro; davon ein Verzicht von 25 Prozent macht im ersten Fall 704 Euro und im zweiten Fall 503 Euro aus. Auf Nettobasis gerechnet sehen die Verluste noch drastischer aus.(9)
Das Argument, das ganze werde über einen längeren Zeitraum gestreckt, ist wenig überzeugend. Bereits beim bloßen Start einer solchen Kampagne wird aufgrund der gleichzeitig abverlangten Verzichtsperspektive eine gemeinsame Kampagne mit den Gewerkschaften und mit einem großen Teil der Lohnabhängigen schlicht nicht zustande kommen.
Der Verweis, es gebe Gruppen von “gut Verdienenden” oder noch konkreter, es gebe das Beispiel VW, überzeugt nicht. Erstens wird es immer schwierig sein, die Grenze zwischen Schlecht-, Normal- und Gutverdienenden zu ziehen. Solche Grenzziehungen werden immer entsolidarisierend Effekte zeitigen. Zweitens war die Arbeitszeitverkürzung bei VW, wie sie auch Stephan Krull in seinem SiG-Debattenbeitrag beschreibt, (a) zeitlich begrenzt; sie bezog sich (b) auf einen spezifischen Sektor von Beschäftigten, deren Reallohnniveau über demjenigen der übrigen Beschäftigten in der gleichen Region liegt (Haustarifvertrag). Schließlich handelte es sich (c) um das Ergebnis eines direkten “Tauschgeschäftes”, es ließe sich auch sagen: um einen Handel mit erpresserischem Elementen, weil die damit vereinbarte 28,8-Stunden-Woche mit einer Beschäftigungssicherung verbunden war.(10)

2. Eine Kampagne für Arbeitszeitverkürzung und für 30-Stunden bei weitgehendem Lohn- und Gehaltsverzicht hat volkswirtschaftlich und hinsichtlich des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses kontraproduktive Auswirkungen.
Sie zielt auf eine deutlich größere Zahl von Beschäftigten, von denen individuell jeder deutlich weniger als bisher an Einkommen erhielte, deren Gesamtbeschäftigung also für die Unternehmer finanziell “neutral” sein würde. Die Nachfragekraft der lohnabhängig Beschäftigten bleibt also dieselbe. Dies obgleich wir mit einiger Berechtigung sagen - und obgleich die Keynesianer betonen -, die hinter der Produktion zurückbleibende Massennachfrage sei in den letzten Jahren ein wichtiger Krisenfaktor. Im propagierten Modell würde es zusätzlich zu einem erheblichen Produktivitätsanstieg kommen, da die größere Zahl von Lohnabhängigen, die im Schnitt deutlich weniger arbeiteten, mit einer höheren Arbeitsproduktivität eingesetzt werden könnte. Es würde sich verstärkt um “frische Arbeitskräfte” handeln. Die dadurch erhöhte Produktivkraft - das größere, erstellte Wertprodukt - stieße jedoch noch stärker als zuvor an die Schranke der zurückbleibenden (“eingefrorenen”) Massennachfrage. Gerade der von Mohssen beschriebene und denunzierte aktuelle Akkumulationstyp würde verstärkt werden - Kapital suchte die Anlage in spekulativen Sektoren, die Orientierung auf den Export würde erhöht usw.

3. Schließlich würde eine solche Kampagne zur Arbeitszeitverkürzung auf der einen Seite massenhaften Einkommensverzicht propagieren und auf der anderen Seite

völlig negieren, dass Geld genug da ist - bei den Konzernen, Banken, Unternehmen und den Reichen und Vermögenden - und zwar in einem Umfang ausreichend vorhanden ist, um im Fall einer 30-Stunden-Woche einen vollen Lohn- und Gehaltsverzicht zu finanzieren.

2003 lag die Summe der Bruttolöhne und -gehälter bei 909,4 Milliarden Euro, die Summe der Nettolöhne und -gehälter bei 588,3 Milliarden Euro.(11) Jeweils ein Viertel davon, also der geforderte Lohnverzicht bzw. der zur Debatte stehende Lohn- und Gehaltsausgleich macht damit auf Bruttoebene 227 Milliarden Euro und auf Nettoebene 147 Milliarden Euro pro Jahr aus. Zur Debatte steht in erster Linie ein Ausgleich auf Nettoebene, also ein Ausgleich für die Einkommensbezieher, zumal der Staat und die Sozialkassen im Fall einer massiv sinkenden Erwerbslosigkeit stark entlastet werden würden. Moussen M. verweist selbst darauf, dass rund 100 Milliarden Euro frei würden, die bisher für die Finanzierung der Erwerbslosen bezahlt werden müssen (an Unterstützungen, Steuerausfällen usw.). Rechnen wir zu diesem Betrag nur vorsichtig ein paar Posten, um die allein in den letzten sechs Jahren die Unternehmen, Reichen und Vermögenden entlastet wurden (12), dann kommen wir gut und gern auf die fehlenden rund 50 Milliarden Euro pro Jahr, um einen solchen Lohn- und Gehaltsausgleich finanzieren zu können. Dabei ließen wir noch außen vor Aspekte wie eine mögliche Reduktion der Rüstungsausgaben, ein Verzicht auf absurde Straßenbauprojekte, die Reduktion der Ausgaben durch deutlich sinkende Defizite bei den Sozialkassen usw.
Die Frage, wie ein Einkommensausgleich im einzelnen zu finanzieren sein würde, wäre zunächst sekundär. Wir sollten nur betonen: “Geld ist genug da”. Diese Losung ist brandaktuell. Sie war im übrigen Thema von zwei Kongressen, die Ende der neunziger Jahre in Freiburg/Brsg. stattfanden. Die dokumentierten Referate dieser Kongresse liefern auch heute noch anschaulich Material dazu, dass solche “Träume” finanzierbar sind.(13)

Nun argumentiert Mohssen für einen Lohnverzicht mit dem Hinweis, nur damit sei eine derart weitreichende Arbeitszeit-verkürzung gesellschaftlich durchsetzbar. Die Gegenseite soll damit gewissermaßen “angefüttert” werden; ihnen sollen damit ihre klassischen Gegenargumente (“nicht finanzierbar”; “Gefährdung des Standorts D” etc.) aus der Hand geschlagen werden. Andererseits meint auch er, dass “rückwärtsgewandte Unternehmerverbände” das Projekt bekämpfen würden und es zu seiner Durchsetzung eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses bedürfe. Sablowski gelangt zur Auffassung, hier läge ein Widerspruch vor; Mohssen würde eine Arbeitszeitverkürzung auch nur “im Zusammenhang mit einer grundlegenden Verschie-bung des gesellschaftlichen Käfteverhältnisses zugunsten der Lohnabhängigen als durchsetzbar” sehen. Ich meine, dass Mohssen hier unschlüssig und zweideutig argumentiert. Immerhin schreibt er auch, dass eine politische Offensive für Arbeitszeit-verkürzung “die reale Chance für einen erneuten Sieg der Rot-Grünen-Koalition 2006” eröffnen würde - “so diese Koalition noch die Kurve kriegt und das Projekt Arbeitszeitverkürzung sich zu eigen macht.”(14) Eine solche Zielsetzung oder eine solche implizite Orientierung sollte in keiner Weise mit einer solchen Kampagne für Arbeitszeitverkürzung verknüpft werden. Vielmehr muss deutlich werden, dass nur eine außerparlamentarische Kampagne Basis für den Erfolg sein kann und dass jedes Schielen auf die Regierungskonstellation kontraproduktiv ist.

Bleibt das Argument: Was tun, wenn das Kapital “zum Abschied still und leise servus” sagt - wenn es im Fall einer wirksamen Kampagne zur Arbeitszeitverkürzung mit Einkommensausgleich zu einer massenhaften, flächendeckenden Kapitalflucht kommt? Droht nicht Siemens bereits heute, Betriebsteile mit rund 10.000 Beschäftigten ins Ausland, vor allem nach Mittel- und Osteuropa zu verlegen?
Das Argument ist ernsthaft, kann jedoch relativiert werden. Zunächst besteht die Tendenz zur Kapitalverlagerung in gewissem Maß ohnehin. Sie trägt bereits zur Massenerwerbslosig-keit bei - und darauf antwortet eine Kampagne zur Arbeitszeit-verkürzung. Sodann ist festzustellen, dass die Drohungen mit Arbeitsplatzverlagerungen in der Regel bloße Drohungen zwecks **Erpressung** sind. Die Kernbestandteile der Produktion großer Konzerne und die wichtigsten Funktionen großer Dienstleister blieben bisher in der Regel im “Mutterland” des jeweiligen Unternehmens, obgleich manche “Standortbedingungen” anderswo wesentlich günstiger zu sein scheinen. Das hat wesentlich mit dem inneren Verhältnis von Konzernen und Nationalstaat zu tun, damit, dass diese Unternehmen von “ihrem” Nationalstaat bzw. von dessen Regierung erhebliche wirtschaftspolitische Vorteile beziehen. Bisher jedenfalls reist Siemens-Chef Heinrich von Pierer gerne mit Kanzler Schröder nach China, um auf diese Weise fette Großaufträge an Land zu ziehen. Ob er solches auch mit dem polnischen Ministerpräsiden-ten tun würde und ob dies ähnlich effektiv sein würde, darf füglich bezweifelt werden. Des weiteren ist zu bedenken, dass die hier debattierte Kampagne für Arbeitszeitverkürzung **für die gesamte EU** vorgeschlagen wird. Sie zielt also auf kürzere Arbeitszeiten in einem kompletten Wirtschaftsblock ab, der nach außen durchaus über gewisse Abschottungsmechanismen verfügt. Käme es zu einer solchen Kampagne, so müssten die Arbeitszeiten in Ost- und Mitteleuropa, in Portugal und Spanien oder in Irland und Griechenland stärker reduziert werden als diejenigen in der BRD und Frankreich. Der Anreiz für Kapitalverlagerungen innerhalb der EU würde sich also tendenziell reduzieren. Schließlich kann dagegen eingewandt werden: Arbeitszeitverkürzungen größerer Art waren immer auch begleitet von beschleunigter Steigerung der Produktivkraft - und hierüber vermittelt von größerer Rentabilität und Konkurrenzfähigkeit. Indem dem Kapital der einfache Weg, über Arbeitszeitverlängerung mehr Mehrwert auszupressen, versperrt wurde, engagierte es sich stärker in Investitionen zur Verbesserung der Produktivität. Nach der Durchsetzung der 10-Stunden-Bill in England Mitte des 19. Jahrhundert gelangte das britische Empire erst zur vollen Blüte und zur uneingeschränkten, ein halbes Jahrhundert andauernden Vorherrschaft auf den Weltmärkten - aufgrund dieser gesteigerten Produktivkraftent-wicklung. Die BRD konnte in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre, parallel mit der weitgehenden Durchsetzung der 35-Stunden-Woche, erstmals zum Exportweltmeister aufsteigen und die weit größeren Konkurrenten USA und Japan hinter sich lassen.(15) Schlußendlich allerdings wird auf das Argument der drohenden Kapitalverlagerung mit einem **gehörigen Schuß Fundamentalismuss** zu antworten sein. Wenn im Rahmen eines solchen gesamtgesellschaftlichen Kampfes gegen die Massenarbeitslosigkeit große Unternehmen - und um diese geht es im wesentlichen - wichtige Teile ihrer Produktionsstätten ins Ausland verlagern sollten, dann muß dies **durch gesellschaftliche Mobilisierungen und praktische Taten gestoppt** werden. “Tant pis pour le capital - umso schlimmer fürs Kapital!”, hieß es in Frankreich immer dann, wenn Arbeiterinnen und Arbeiter in den 70er und 80er Jahren “ihre” Fabriken besetzten, um einen solchen Raub der Produktionsmittel zu verhindern. Jede historische Verbesserung, die in der Geschichte der Arbeiterbewegung und in den modernen Gesellschaften erkämpft wurde - sei es die 10-Stunden-Bill, sei es die Sozialversicherung, sei es die 5-Tage-Woche - wäre niemals verwirklicht worden, hätte man auf diejenigen gehört, die mit solchen Drohungen auftraten. Es sollte bedacht werden, dass wir von einem **historischen Kampf** reden: die Massenerwerbslosig-keit ist, da hat Mohssen völlig recht, das zentrale gesellschaftspolitische Thema, ist die furchtbare Geißel,

die in Armut treibt, mit der die Gesellschaften zersetzt werden und die letzten Endes ein Überleben der menschlichen Gemeinschaft auf dem Planeten Erde in Frage stellt. Wer Nein sagt zu dieser Erpressung, wer erkennt, dass der gegenwärtige Gang der Dinge in eine nicht enden wollende Spirale des Sozialdumpings, der wechselseitigen Erpressung, der Armutsproduktion in Süd, Nord, West und Ost führt, der wird früher oder später auch **Grundsatzfragen** aufwerfen müssen - so die Frage nach dem Eigentum an den großen gesellschaftlichen Produktion- und Finanzmitteln. Eine breit angelegte Kampagne zur Kapitalflucht als Antwort auf eine moralisch berechtigte breite Kampagne zur Arbeitszeitverkürzung mit Einkommensausgleich wird diese Fragen für breite Schichten der Bevölkerung aufwerfen.

Ein Plädoyer für eine Kampagne zur Arbeitszeitverkürzung ist also nicht ein Plädoyer für eine x-beliebige Flickschusterei. Es ist ein Plädoyer für einen **gesellschaftlichen Aufbruch gegen das Abbruchunternehmen Kapitalismus**. Damit einher geht eine klare, unmissverständliche Sprache, die in dem Slogan "Eine andere Welt ist möglich" ja durchaus mitschwingt. Als in der IG Metall in den siebziger Jahren für die Zielsetzung 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Gehaltsausgleich geworben wurde, da bezeichneten zunächst die meisten Gewerkschaftsführer diese Zielsetzung als "unrealistisch". Als dann Mehrheiten für diese "unrealistische Position" in der IG Metall und in anderen Gewerkschaften erkämpft waren und als die Kampagne konkret geführt wurde, da erklärte Kanzler Kohl, diese Zielsetzung sei "dumm, töricht und absurd". Der damalige IG Metall-Führer Franz Steinkühler antwortete: "Herr Kohl hat unsere Forderung nach der 35-Stunden-Woche absurd und dumm genannt. Der Respekt vor dem Amt, das Herr Kohl inne hat, hindert uns, auf dem gleichen Niveau seine Äußerung und seine Amtsführung zu werten. Aber eines sollte man doch sagen: Es wäre für Herrn Kohl noch besser, durch Schweigen den Eindruck von Unfähigkeit zu erwecken als durch Reden den letzten Zweifel zu beseitigen."(16)
Die Gewerkschaften konnten damals ihre Ziele weitgehend durchsetzen. Voraussetzung dafür war eine breit angelegte Kampagne, wie sie Sybille Stamm beschrieben hat - und ein sehr politisches, emanzipatorisches und antipatriarchales Verständnis von Arbeitszeitverkürzung, wie es Mohssen Massarrat in seinen Beiträgen des öfteren aufscheinen lässt. Voraussetzung war aber auch, dass diejenigen, die diese Kampagne angingen, ein klares Ziel vor Augen hatten, dass sie wußten, dass der Gegner - die Unternehmerverbände, die Eigner der großen Kapitalien, die Bundesregierung - in einer breiten Kampagne frontal angegangen werden musste - und dass sie dabei eine deutliche, klare Sprache pflegten. In diesem Sinne wäre eine Kampagne zur europaweiten Arbeitszeitverkürzung zu entwickeln und zu konkretisieren.(17)

Damit würde ein **neues Kapitel in diesem Jahrhunderte währenden Kampf** aufgeschlagen, den Karl Marx wie folgt zusammenfasste: "Zum Schutz gegen die Schlange der Qualen müssen die Arbeiter ihre Köpfe zusammenrotten und als Klasse ein Staatsgesetz erzwingen, ein übermächtiges gesellschaftliches Hindernis, das sie selbst verhindert, durch freiwilligen Kontrakt mit dem Kapital sich und ihr Geschlecht in Tod und Sklaverei zu verkaufen. An die Stelle des prunkvollen Katalogs der ´unveräußerlichen Menschenrechte´ tritt die bescheidene Magna Charta eines gesetzlich beschränkten Arbeitstags, die ´endlich klarmacht, wann die Zeit, die der Arbeiter verkauft, endet, und wann die ihm selbst gehörige Zeit beginnt."(18)

Anmerkungen.

(1) M.Massarrat, in: Freitag vom 2.4.2004.
(2) Winfried Wolf, Fusionsfieber. Das grosse Fressen, Köln 2001, PapyRossa, , S.50.
(3) Neue Freie Presse, 8. Dezember 1909.
(4) Karl Marx, Das Kapital, Band 1, MEW Bd. 23, (Berlin 1971; Dietz-Verlag), S.286.
(5) A.a.O., S.318.
(6) Bereits auf dem IG Metall-Gewerkschaftstag 1977 hatten 7 Verwaltungsstellen mit insgesamt 300.000 Beschäftigten Anträge zugunsten einer 30- bis 32-Stunden-Woche gestellt.
(7) Der Rückgang ist mit rund einer halben Millionen oder einem guten Fünftel also beträchtlich. Der 1991er Wert ist allerdings durch die Einverleibung der DDR-Ökonomie und durch den damit verlängerten Boom positiv beeinflußt.
Auf aktuelle Arbeitszeitverkürzungen in anderen Ländern gehe ich hier nicht ein, siehe die sehr unterschiedliche Sichtweisen in den Debattenbeiträgen von S. Stamm und Th. Sablowski.
(8) Mohssen M. schreibt: "In dieser Perspektive ist ein Pochen auf den Besitzstand´ kontraproduktiv und die Fixierung auf Partikuklarinteressen nicht nur rückwärtsgewandt, sie läuft diesen Interessen auch zuwider. Die Jobbesitzer und gut Verdienenden verlieren ... Seit Beginn der neunziger Jahre infolge von Massenabreitslosigkeit, Reallohnabbau und Streichung von Sozialleistungen ohnehin ihren ´Besitzstand´." (In: attac Deutschland (Hrg.), Agenda 2010, Reader Nr. 2, Frankfurt/M.
(9) Angaben nach: Statistisches Jahrbuch 2002, S.559. Eine Berechnung nach Haushaltseinkommen macht die Argumentation nicht einfacher. In vielen Haushalten gibt es nur ein Mitglied mit einem eigenständigen Einkommen. Viele Haushalte haben Mitglieder, die erwerbslos sind, auf Sozialhilfe angewiesen sind usw. Kinder in Haushalten bringen zusätzliche finanzielle Belastungen mit sich.
(10) Im übrigen wäre zu prüfen, inwieweit die damalige Regelung nicht die Voraussetzung für den darauf folgenden Vertrag "5000 mal 5000" (5000 neue Jobs mit 5000 Mark Bruttoeinkommen) war, der im Rahmen des VW-Haustarifvertrags ein Lohndumping bedeutete und langfristig eine zersetzende Wirkung auf das gesamte VW-Lohnniveau haben dürfte.
(11) Monatsberichte der Deutschen Bundesbank vom Mai 2004.
(12) Z.B. Entlastung bei der Körperschaftssteuer pro Jahr gut 20 Mrd. Euro, Entlastung durch die Abschaffung der Versteuerung des Verkaufs von Unternehmensbeteiligungen jährlich rund 10 Milliaeden Euro, Entlastung durch Aufgabe der Vermögenssteuer pro Jahr rund 10 Mrd. Euro, Entlastung der sehr gut und Bestverdienenden durch die Steuerreform - zwei Stufen - um gut 15 Mrd. Euro pero Jahr.
(13) Vgl. Winfried Wolf, CasinoCapital. Der Crash beginnt auf dem Golfplatz, Köln 1997, S.94ff. Neben den von Jahr zu Jahr größer werdenden Steuergeschenken und damit einher gehenden größeren Profiten sind es vor allem staatliche Großprojekte, mit denen Milliarden-Summen verpulvert werden. Mal sind es schlicht unsinnige Projekte wie der Transrapid (bisher 2 Mrd. Euro), mal deutlich kontraproduktive Projekte (wie z.B. "Stuttgart 21" mit 5 Mrd. Euro oder eine Hochgeschwindigkeitsstrecke über Erfurt mit 10 Mrd. Euro), mal militärisch-gefährliche (wie der eben eingeweihte "Forschungsreaktor München II" (400 Mio Euro).
(14) In: Freitag, a.a.O.
(15) 1987 lag der Weltmarktanteil Westdeutschlands bei 12%, der der USA bei 10,3%, der Japans bei 9,4%. Bis 1991 blieb diese Relation weitgehend identisch. Mit der deutschen Einheit mit den zeitweilig stärker nach innen orientierten deutschen Kapitalkräften - und aufgrund der verbesserten Konkurrenzsituation der USA- lagen dann im Zeitraum 1995 bis 2001 die USA wieder auf Rang 1 und die BRD "nur" auf Rang 2. Seit 2003 liegt erneut die BRD auf Rang 1 - vor den USA und Japan. Auch dies steht in diametralem Gegensatz zur allgemeinen Propaganda, wonach der "deutsche Standort" für das Kapital nicht attraktiv sei. Vgl. Winfried Wolf, Sturzflug in die Krise - Die Weltwirtschaft. Das Öl. Der Krieg, Hamburg 2003 (Konkret Literatur), S.57ff.
(16) Zitiert in: Jakob Moneta, Die Streiks der IG Metall, Frankfurt/M. 1984 (ISP-Verlag), S.95.
(17) Im übrigen habe ich durchaus Verständnis für Aspekte, die bei Moussen in seiner Argumentation für Lohnverzicht auftauchen. Natürlich kann man sich vorstellen, dass viele auf einen Teil ihres Einkommens aus freien Stücken verzichten (und dafür z.B. noch weniger arbeiten), dass eine andere Qualität des Lebens einen solchen Einkommensverzicht eher möglich macht usw. Doch das sind Aspekte, die nicht zentraler Bestandteil einer solchen Kampagne sein können. Teilweise weisen diese Aspekte auch auf die Überwindung des Kapitalismus hin, machen in umfassender Weise erst in einer anderen Gesellschaftsordnung Sinn.
(18) A.a.O., S.320.

„Mehr Zeit zum Leben, Lieben, Lachen“

Vision einer Arbeitsumverteilung als gesellschaftliches Projekt

Gewerkschaften und Arbeitszeit

Sybille Stamm

Landesbezirksleiterin ver.di Baden-Württemberg

1

Der Kampf um die absolute und relative Länge des Arbeitstages ist so alt wie die politische Arbeiterbewegung und war immer zentraler Gegenstand gewerkschaftlicher Auseinandersetzungen. Der Deutsche Buchdruckerverband streikte bereits 1891 für den 8-Stunden-Tag. Im Kern ging es bei diesen Kämpfen um die Verteilung des produzierten Reichtums, darum, der Tendenz der Verbilligung der lebendigen Arbeit entgegenzutreten.

Der wochenlange Streik für die 35-Stunden-Woche 1984 in der Metall- und Druckindustrie, war ein eindrucksvoller Höhepunkt in der Geschichte der Arbeitszeitverkürzung.

1984 gelang es den Gewerkschaften, die gesellschaftliche Hegemonie über die Zeitfrage zu erobern. Es ging um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, es ging aber auch um mehr „Zeit zum Leben“ was die Gewerkschaftsfrauen mit ihrer Kampagne für die 35-Stunden-Woche „Mehr Zeit zum Leben, Lieben, Lachen“ zum Ausdruck brachten. Und es ging um die Chance eine Demokratisierung des Geschlechterverhältnisses, was seinen Ausdruck in der Forderung nach dem 7-Stunden-Tag fand.

Der Streik für die 35-Stunden-Woche war in der Öffentlichkeit auch ein Kulturkampf – wie der Soziologe Oskar Negt ihn charakterisierte – ein Kulturkampf um die Hegemonie über Zeit.

2

Vergleicht man den Arbeitskampf um Arbeitszeit vor 20 Jahren mit der heutigen Situation, stellt sich zwangsläufig die Frage, was ist in unserer Gesellschaft passiert, dass heute Arbeitszeitverlängerung auf der Tagesordnung steht? In Kürze einige Stichworte dazu:

Nachdem vor etwa 10 Jahren die 35-Stunden-Woche tarifvertraglich in der Metall- und Druckindustrie verankert wurde, haben die Gewerkschaften die Arbeitszeitfrage vernachlässigt. Die Auseinandersetzung um die Länge der Arbeitszeit ist ein Kampf, der täglich und immer wieder neu geführt werden muss. Mehr als in anderen Bereichen bedeutet hier Stillstand Rückschritt.

Die 35-Stunden-Woche blieb auf wenige Branchen beschränkt und die Umsetzung fiel in eine Phase intensiver Rationalisierungen und zunehmender Leistungsverdichtung. Dadurch wurde die entlastende Wirkung der Arbeitszeitverkürzung, insbesondere im Angestelltenbereich, oft nicht erlebt.

20 Jahre Neoliberalismus und eine harte Standort- und Wettbewerbspolitik haben bei den Beschäftigen Spuren hinterlassen. Vor dem Hintergrund von mehr als 4 Millionen Arbeitslosen nehmen Entsolidarisierungsprozesse in den Betrieben zu. Die herrschende Ideologie, dass Arbeitszeitverlängerung Arbeitsplätze sichert, gewinnt auch Raum in den Köpfen von Beschäftigten.

Auf diesem Hintergrund nehmen die Angriffe auf die tariflich gesicherten Arbeitszeiten zu. Eisbrecherfunktion hat derzeit der Öffentliche Dienst, aber auch in der Druckindustrie, den Zeitungsredaktionen, der Papierverarbeitung, dem Einzel- und Großhandel haben Konzerne angedroht, die tariflichen Arbeitszeitregelungen zu kündigen mit dem Ziel, länger unentgeltlich arbeiten zu lassen. Selbst nach dem Tarifabschluss in der Metallindustrie im Frühjahr 2004, der für mehr als 80 % der Beschäftigten die 35-Stunden-Woche sichert, versuchen Arbeitgeber tarifbrüchig zu werden und wie z. B. Siemens unter Androhung der Arbeitsplatzverlagerung den Belegschaften unentgeltlich 5 Stunden mehr Arbeit aufzuzwingen.
Dass mit Arbeitszeitverlängerung Arbeitsplätze vernichtet werden, wird zumindest im Öffentlichen Dienst deutlich. In Baden-Württemberg wird die Heraufsetzung der Arbeitszeit auf 41 Stunden für alle öffentlich Bediensteten mit dem Ziel der Streichung von 17.000 bis 20.000 Arbeitsplätzen betrieben.

Der Angriff auf die tariflich gesicherten Wochenarbeitszeiten betrifft alle Gewerkschaften und wird damit zum Gradmesser für gewerkschaftliche Widerstandskraft gegen die Durchkapitalisierung aller Lebensverhältnisse.

3

Arbeitszeitverkürzung zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit ist isoliert als tarifliches Projekt überfordert.

Tarifliche Arbeitszeitverkürzung, die objektiv dringend auf die Tagesordnung gehörte, muss, um effektiv zu wirken, flankiert werden durch beschäftigungswirksame Maßnahmen. Allein die Tatsache, dass in Deutschland tariflich durchschnittlich 37,5 Stunden gearbeitet wird, das Arbeitszeitgesetz jedoch die 48-Stunden-Woche zulässt, führt zu arbeitszeitpolitischen Verwerfungen. Nirgendwo in Europa ist die Kluft zwischen tariflicher und gesetzlicher Arbeitszeit so groß wie in Deutschland. Viele Austritte von Unternehmen aus Arbeitgeberverbänden sind diesem Umstand geschuldet.

Ein Blick nach Frankreich und der erfolgreichen Beschäftigungspolitik in den Jahren 1998 bis 2002 macht deutlich, dass Arbeitszeitverkürzungen nur eine von mehreren wichtigen Säulen einer arbeitsplatzschaffenden Beschäftigungspolitik darstellt. Neben der Einführung der 35-Stunden-Woche wurden im öffentlichen Dienst 200.000 neue Arbeitsplätze für Jugendliche geschaffen; Investitionen in die Erweiterung staatlicher Dienstleistungen im kulturellen, sozialen, pädagogischen und ökologischen Sektor haben weitere 400.000 Arbeitsplätze neu geschaffen.

Flankiert wurde die nachfrageorientierte Beschäftigungspolitik in Frankreich durch eine Minderung der Steuerlast auf Beschäftigung, finanziellen Anreiz, Arbeitsplätze zu schaffen, einen gesetzlichen Mindestlohn und gesetzliches Mindesteinkommen für Erwerbslose, um Ausgrenzung zu verhindern.

Wichtigste Säule dieser Politik war die gesetzliche Einführung der 35-Stunden-Woche. Sorgfältig wurde darauf geachtet, dass keine kontraproduktiven Wirkungen durch Schwächung der Binnennachfrage erzeugt wurden. Mehrheitlich wurde in den Betriebsvereinbarungen ein Lohnausgleich auf 38 Stunden gezahlt.

Arbeitszeitverkürzung als eine wichtige Säule in einem Gesamtkonzept beschäftigungswirksame Maßnahmen kann nachhaltig Arbeitsplätze sichern und schaffen.

4

Ein Projekt „30-Stunden-Woche in Europa“, wie es derzeit bei Attac diskutiert wird, wäre eine wichtige Unterstützung der Abwehrkämpfe der Gewerkschaften in Deutschland gegen längere Arbeitszeiten. Wenn es den Gewerkschaften nicht gelingt, die Vision einer Arbeitsumverteilung als gesellschaftliches Projekt zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Demokratisierung des Geschlechterverhältnisses in die Köpfe der Belegschaften und in den politischen Raum zu tragen, bleibt der Abwehrkampf in seiner Wirkung beschränkt.

Insofern muss eine Kampagne für die 30-Stunden-Woche in Europa begrüßt und unterstützt werden. Allerdings halte ich es für eine Illusion, dass ein so großer Schritt der Arbeitsumverteilung im Konsens mit der Kapitalseite durch das Angebot der Kostenneutralität, sprich dem Verzicht auf Lohnausgleich durchzusetzen ist.

Wenn es richtig ist, dass der Kampf um die Intensität der Arbeit und die Länge der Arbeitszeit im Zentrum der Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit stand und steht, stellt sich die Frage, wie wird ein richtiges Ziel zur materiellen Gewalt. Konkret bedeutet das, dass Bündnispartner im politischen Raum, gesellschaftliche Gruppen und Gewerkschaften diese Forderung nach der 30-Stunden-Woche „gesellschaftsfähig“ und mobilisierungsfähig machen und ggfs. dafür auch kämpfen müssen.

Das setzt Bedingungen für die Forderung nach Lohnausgleich.

1998 ist die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung im Öffentlichen Dienst in der bundesweiten großen Tarifkommission der ÖTV daran gescheitert, dass die Führung vorab auf den vollen Lohnausgleich verzichten wollte. Wer also Gewerkschaften als aktive Mitstreiter für die 30-Stunden-Woche in Europa gewinnen will, muss die Frage des Lohnausgleichs zu einer Frage des Kräfteverhältnisses, der konkreten Auseinandersetzung machen, und darf nicht vorab auf die Forderung Lohnausgleich verzichten.

Dieser Beitrag wurde für „Sand im Getriebe“ verfasst

S. auch Beiträge von verdi: http://www.verdi.de/nimm-dir-die-zeit

Stichworte und Erfahrungen zur Arbeitszeitverkürzung.

„30 Stunden sind schon lange genug“

Stephan Krull

Betriebsrat bei VW Wolfsburg und Vorstandsmitglied IG Metall Wolfsburg

Wenn es in unserer vom protestantischen Arbeitsethos geprägten Gesellschaft in der öffentlichen Debatte um Arbeit und Arbeitszeit geht, wird’s gefährlich moralisch (wer arbeitet, soll auch essen). Eine radikale Arbeitszeitverkürzung ist die einzige Möglichkeit, Arbeit unter denen, die arbeiten wollen, gerecht zu verteilen, denn Wachstum in der bisher gekannten Art und Weise wird es nicht mehr geben. Wenn Arbeitslosigkeit eine Geißel ist, dann kann mit dieser Geißel auch Angst und Schrecken verbreitet werden, dann kann mit dieser Angst und diesem Schrecken wiederum Politik, „Standortpolitik“, betrieben werden: Sozial ist, was Arbeit schafft! Die Konkurrenz wird in die Belegschaften getragen, zwischen die Generationen und zwischen die Geschlechter – und die Spirale nach unten ist in Bewegung.

Die Politik der Arbeitzeitverkürzung ist tatsächlich in die Defensive geraten. Dies liegt auch daran, dass die Gewerkschaften nach dem Kampf um die 35-Stunden-Woche keine neuen Ziele beraten und beschlossen haben. Dies wird daran deutlich, dass es wenige Branchen gibt, in der die 35-Stunden-Woche als tarifliche Norm verankert ist. Kein Wunder also, dass die Arbeitgeber alle Anstrengungen unternehmen und keinen Einsatz scheuen, die Arbeitszeituhr wieder auf Verlängerung zu stellen.

Die Beschäftigten bei der VW AG haben ein großes Interesse daran, dass dieses Roll back der Unternehmer nicht funktioniert: Wir haben die positive Erfahrung drastischer Arbeitszeitverkürzung gemacht. Wir wissen um die Vorteile der 30-Stunden-Woche. Wir haben den 6-Stunden-Tag kennen gelernt und die 4-Tage-Woche. Wir wissen vor allem die Bedeutung des Ausschlusses betriebsbedingter Kündigungen zu schätzen.
Aus diesen Gründen heraus ist die Kampagne „30 Stunden sind genug“ sehr zu begrüßen!
30 Stunden sind schon lange genug! Wir haben uns in genau diesem Sinne eingebracht in die Diskussionen, in den Sozialforumsprozess in Europa und in Deutschland. Es geht uns dabei darum, unsere 10-jährigen differenzierten Erfahrungen mit der 30-Stunden-Woche zur Diskussion zu.

Auf der Grundlage der Erfahrungen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung wurde der Kampf um Begrenzung und Verkürzung der Arbeitszeit früh begonnen und gründlich geführt.

Es gibt mehrere Begründungszusammenhänge, die, je nach gewerkschaftspolitischer und historischer Situation und Ausprägung, stärker oder geringer ausgeprägt sind:

- Die Arbeitszeit wurde verkürzt, um die Zeit der Ausbeutung und damit den Grad der Ausbeutung zu verkürzen. Den Unternehmern wurde die Verfügung über die Arbeitskraft zeitlich beschnitten.

- Die Arbeitszeit wurde verkürzt, damit die Arbeitenden mehr frei verfügbare Zeit hatten. Erst mit dieser frei verfügbaren Zeit waren die lohnabhängig Beschäftigten in der Lage, sich zu bilden, Kultur in Anspruch zu nehmen und kulturell aktiv zu werden, sich an demokratischen Prozessen zu beteiligen. Begrenzte, tendenziell sinkende Arbeitszeit ist somit auch konstitutiv für eine demokratische Gesellschaft.

- Die Arbeitszeit wurde verkürzt, um die notwendige gesellschaftliche Arbeit gerecht zu verteilen. Angesichts der Tatsache, dass das Wachstum seit Jahren und in Zukunft (in Mitteleuropa) geringer steigt als die Arbeitsproduktivität, ist Arbeitszeitverkürzung die Voraussetzung zur Reduzierung von Arbeitslosigkeit.

Der Kampf um Arbeitszeitverkürzung ist immer auch identitätsstiftend für die Arbeitenden und ihre Organisationen. Die aufgehende Sonne ist das uns in Erinnerung gebliebene Symbol des Kampfes um die 35-Stunden-Woche.

Vor 30 Jahren begann der lange Kampf um die Einführung der 35-Stunden-Woche. Nach vielen Kämpfen und Streiks haben wir einen Erfolg in der deutschen Metall- und Elektroindustrie errungen. Dieser Sieg war möglich, weil breite Kreise der Bevölkerung hinter der Forderung standen. Eine jahrelange Öffentlichkeitskampagne der Gewerkschaften mit allen guten Argumenten hatte die Mehrheit der Bevölkerung auf unsere Seite gebracht. Wenn die 35-Stunden-Woche jetzt durch Politiker und Unternehmer zur Disposition gestellt wird und die Öffentlichkeit nicht laut aufschreit, müssen wir auch sehen, wo die Bevölkerung, die uns seinerzeit unterstützt hat, geblieben ist bzw. wo wir diese stehen gelassen haben! Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass in anderen Branchen (und vor allem in den neuen Bundesländern) die „35" nicht etabliert wurde. Ebenso wenig in vielen Ländern Europas – ganz zu schweigen von den neuen EU-Mitgliedern ab 2004.

In einer krisenhaften Situation im Jahre 1993 wurde für die sechs Werke der VW AG ein Tarifvertrag über die 28,8-Stunden-Woche abgeschlossen.

- Einher ging mit dieser in der Geschichte einmalig drastischen Arbeitszeitverkürzung eine Minderung des Einkommens auf Jahresbasis um 15% bis 20%.
- Einher ging mit dieser Arbeitszeitverkürzung eine Beschäftigungssicherung, die bis heute einen Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen sichert.
- Im Gefolge dieser Arbeitszeitverkürzung wurde die Arbeitszeit vielfach flexibilisiert , so dass VW sich selbst heute als das flexibelste Unternehmen der Welt bezeichnet.

Einige allgemeine Erfahrungen hier kurz angedeutet:

- Die Arbeitszeitverkürzung stößt auf Akzeptanz bei den Beschäftigten, wenn sie möglichst täglich „erlebbar" wird. Bei Beschäftigten mit längeren Wegen zum Arbeitsort ist wöchentliche Arbeitszeitverkürzung (4-Tage-Woche) angenehmer. In anderen Lebensphasen (Kindererziehung, Pflege Angehöriger) oder anderen Arbeitssituationen (Projektarbeit) kann auch eine andere Verteilung von Arbeitszeit im Interesse der Beschäftigten liegen.
- Die Arbeitszeitverkürzung stößt auf Akzeptanz bei den Beschäftigten, wenn der Beschäftigungseffekt deutlich und sichtbar ist. Dies kann die Einstellung von zusätzlichem Personal bedeuten oder die nachgewiesene und verbriefte Sicherung von Beschäftigung (Ausschluss von betriebsbedingten Kündigungen).
- Dem Flexibilitätsfetischismus von Managern muss durch eigene kreative Flexibilitätsvorstellungen begegnet werden. Steffen Lehndorff hat den Vorschlag gemacht, einen Ideen-Wettbewerb um die besten Arbeitszeitmodelle zu starten unter Berücksichtigung von Effizienz, Kundenfreundlichkeit und Arbeitnehmerfreundlichkeit.
- Ein häufiges Argument von Beschäftigten gegen Arbeitszeitverkürzung ist, dass der Leistungsdruck erhöht und die Produktivität dadurch gesteigert werden. Zu einem gewissen Teil kann dieses stimmen, Leistungsverdichtung und Produktivitätssteigerungen finden aber immer auch unabhängig von tatsächlicher Arbeitszeit statt.

Beim Europäischen Sozialforum hatten wir zur Debatte um weitere Arbeitszeitverkürzung zu einem Workshop eingeladen.

- Zumindest unterschwellig wurde das Argument des Standortvorteils für längere Arbeitszeiten von einigen Gewerkschaftskollegen ins Feld geführt.
- Gleichermaßen zu berücksichtigen ist das Problem des vollen Lohnausgleiches. Ich denke, dass uns hier noch allerhand einfallen muss im Sinne des Vorschlages von Massarrat (SiG 26).
- Weiter war wichtig und interessant, dass wir bei der Losung „30 Stunden sind genug" berücksichtigen müssen, dass es – auch im Interesse der Beschäftigten – um eine ungleiche Verteilung der Arbeitszeit pro Tag, pro Woche, pro Jahr oder pro Lebensphase gehen kann. Die Regeln müssen klar, fair und einklagbar sein!

Trotz der Kürze der Zeit und vieler offener Fragen war am Ende dieses Workshops folgender Konsens sichtbar:

*Wir sind uns einig, dass die **tatsächlichen** Arbeitszeiten in Industrie und Dienstleistungsbereichen durch tarifliche Vereinbarungen oder gesetzliche Möglichkeiten weiter reduziert werden müssen.*

Wir wollen eine Verkürzung der Arbeitszeiten aus sozialen und gesellschaftlichen Gründen

- *um einen Beitrag zur Überwindung der Arbeitslosigkeit zu leisten;*
- *um einen Beitrag zur Humanisierung der Arbeit zu leisten;*
- *um einen Beitrag zur Kultur und Demokratie in unseren Gesellschaften zu leisten;*

Wir werden in unseren Gewerkschaften auf dieses Ziel hinwirken und fordern die europäischen Gewerkschaftsbünde auf, die Politik der weiteren Arbeitszeitverkürzung aktiv voranzutreiben.

Wir fordern die sozialen Organisationen und Verbände, die fortschrittlichen Parteien und die Kirchen dazu auf, die Gewerkschaften in diesem Kampf um weitere Arbeitszeitverkürzungen zu unterstützen.

Ein Ausgangspunkt für diese Überlegungen ist, dass wir die „35" nicht halten und sichern, wenn um uns herum nicht eine solidarische Bewegung weiterer Arbeitszeitverkürzung entsteht.

Wir werden die „30" bei VW nicht halten, wenn Arbeitszeitverkürzung nicht Denkrichtung der Arbeitszeitpolitik wird.

Auch dieser Beitrag wurde für „Sand im Getriebe" verfasst

Das strategische Problem der Arbeitszeitverkürzung

Wachstum reicht nicht

Thomas Sablowski

Mohssen Massarrat hat in einem Artikel in SiG 26 vorgeschlagen, Attac solle eine Kampagne für Arbeitszeitverkürzung – genauer gesagt: für eine 30-Stundenwoche in Europa – als vorrangiges Projekt betreiben. Ich halte die Arbeitszeitverkürzung ebenfalls für **strategisch zentral** und teile in vieler Hinsicht Massarrats Argumentation. Sie weist jedoch auch einige Schwächen auf, auf die ich im folgenden eingehen möchte. Diese Mängel der Argumentation mögen der Kürze des Artikels von Massarrat und der Komplexität der von ihm angesprochenen Thematik geschuldet sein. Meine Anmerkungen sind insofern nicht als grundsätzliche Kritik an Massarrats Vorschlag zu verstehen, ich möchte lediglich deutlich machen, wo weiterer **Präzisierungsbedarf** besteht. Dies geschieht in der Absicht, den **Vorschlag für eine Kampagne zur Arbeitszeitverkürzung zu unterstützen**. Sie ist nicht nur zur Reduzierung der Massenarbeitslosigkeit, sondern auch aus anderen Gründen notwendig, z.B. im Hinblick auf eine Umverteilung von Erwerbsarbeit und Hausarbeit bzw. Familienarbeit zwischen Männern und Frauen.

Die Uberschätzung der Wirtschaftspolitik

Massarrats Ausgangspunkt ist das weltweite Problem der Massenarbeitslosigkeit. Ihre Ursache sieht er primär in der zunehmenden Arbeitsproduktivität, deren Wachstum seit Anfang der 70er Jahre in den OECD-Ländern über der Wachstumsrate des Sozialprodukts liege. In den Entwicklungs- und Transformationsländern seien zwar noch größere Wachstumspotentiale vorhanden, doch führe dort die mangelnde Aufnahmekapazität des Arbeitsmarktes bei einem hohen Arbeitskräftepotential in den noch nicht durchkapitalisierten Bereichen zur Massenarbeitslosigkeit. Massarrat vertritt die These, dass wachstumsorientierte wirtschaftspolitische Konzepte, egal ob neoliberaler oder keynesianischer Provenienz, die Massenarbeitslosigkeit in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern nicht überwinden können. Wachstumsraten des Sozialprodukts, die deutlich oberhalb der Wachstumsraten der Arbeitsproduktivität liegen, seien in den hochentwickelten Ländern zum einen **unrealistisch**. Zum anderen sei ein höheres Wachstum auch aus ökologischen Gründen und aus Gründen der globalen Gerechtigkeit **nicht wünschenswert**. Somit bleibt die Arbeitszeitverkürzung als einziger Weg zur Reduzierung der Massenarbeitslosigkeit. Obgleich ich dieser Argumentation nicht grundsätzlich widersprechen möchte, sei doch angemerkt, dass Massarrat nicht ausreichend begründet, warum ein höheres Wachstum weder wirtschaftspolitisch durchsetzbar noch wünschenswert ist. Die **ökologischen** Implikationen des Wachstums sind **umstritten**. Man könnte einerseits argumentieren, dass Wachstum in der Regel mit einem höheren Ressourcen- und Energieverbrauch verbunden ist, während es doch unter ökologischen Gesichtspunkten gerade darum gehen müsste, diesen zu reduzieren. Andererseits könnte man argumentieren, dass das Wachstum des Sozialprodukts sich zunächst einmal nur auf eine monetäre Größe bezieht. Hinter diesem Wachstum können sich ganz unterschiedliche Prozesse mit sehr unterschiedlichem Stoff- und Energieverbrauch verbergen. Letzterer verhält sich nicht unbedingt proportional zu dem produzierten Wert. Denkbar ist z.B. eine gezielte Förderung von Aktivitäten mit einem niedrigen Ressourcen- und Energieverbrauch. Auch Maßnahmen zur Ressourcen- und Energieeinsparung können zum Wachstum des Sozialprodukts beitragen. Die Frage ist freilich, ob eine solche ökologische Steuerung der Produktion unter den Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise, d.h. unter den Bedingungen des **Privateigentums** an Produktionsmitteln **überhaupt möglich** ist oder ob dabei nicht implizit eine ganz andere Produktionsweise unterstellt wird. Jedenfalls ist es umstritten, ob es „ökologische Wachstumsgrenzen“ (Massarrat 2003, 10) gibt bzw. wo diese verlaufen. Hier handelt es sich um eine Frage, die auch bei Attac noch weiterer Diskussion bedarf.

Ein höheres Wachstum ist laut Massarrat aber nicht nur aus ökologischen Gründen abzulehnen, es ist auch wirtschaftspolitisch nicht erreichbar. Keynesianische und neoliberale Konzepte würden verkennen, dass die Wachstumsressourcen zur Neige gehen, während die Arbeitsproduktivität durch Rationalisierung und den flächendeckenden Einsatz neuer Informations- und Kommunikationstechnologien weiter ansteigt. Ich teile diese Einschätzung zwar, doch fehlt auch hier eine genauere Begründung. Dass das Sozialprodukt für eine längere Zeit deutlich stärker wächst als die Arbeitsproduktivität, ist zwar nicht völlig auszuschließen, doch ist es sehr unwahrscheinlich. **Neoliberale <u>und</u> keynesianische Konzepte überschätzen die Möglichkeiten der Wirtschaftspolitik** zur Förderung des Wachstums bzw. der Beschäftigung, da ihnen jeweils ein verkürztes Verständnis der Widersprüche des kapitalistischen Akkumulationsprozesses unterliegt.

Nach der **neoliberalen Standardargumentation** werden Arbeitslosigkeit und niedriges Wachstum durch Marktunvollkommenheiten verursacht, vor allem durch die „Rigidität“ des „Arbeitsangebots“, d.h. ein zu hohes Lohnniveau oder eine zu geringe Lohnspreizung. Arbeitslosigkeit resultiere aus zu hohen Lohnforderungen, die Investitionen in Arbeitsplätze verunmöglichten, bzw. aus einem zu hohen Niveau der sozialen Sicherung, die die Arbeitsaufnahme unattraktiv mache. Die Wirtschaftspolitik kann das Beschäftigungsniveau beeinflussen, indem sie die „Angebotsbedingungen verbessert“, d.h. Transferzahlungen an Arbeitslose reduziert, die Macht der Gewerkschaften eindämmt und so das Lohnniveau absenkt bzw. die Lohnspreizung erhöht. Die neoliberale Sichtweise ist schon oft mit überzeugenden Argumenten kritisiert worden und theoretisch unhaltbar (vgl. z.B. Herr 2002). Nicht zuletzt die Erfahrung der letzten Jahrzehnte spricht gegen die neoliberalen Konzepte: So ist die Lohnquote seit langem rückläufig (vgl. Schäfer 2003b), gleichzeitig ist die Arbeitslosigkeit weiter gestiegen. Dass die neoliberale Sicht sich dennoch so großer Beliebtheit in der Politik erfreut, ist nur dadurch zu erklären, dass sie den unmittelbaren ökonomischen Interessen der Kapitaleigner am nächsten steht, ihre „organische Ideologie“ (Gramsci) schlechthin ist.

Nach der **keynesianischen** Standardargumentation ist Arbeitslosigkeit ein Resultat zu geringer effektiver Nachfrage und eines zu hohen Zinsniveaus, die durch eine entsprechende Geld- und Fiskalpolitik beeinflusst werden können. Gewerkschaften können aus keynesianischer Sicht eine positive Funktion für die Stabilisierung der effektiven Nachfrage haben,

sofern sie Tarifabschlüsse durchsetzen, die sich an der Produktivitätsentwicklung orientieren. Bleiben die Löhne hinter dem Produktivitätswachstum zurück, so begünstigt dies deflationäre Entwicklungen. Steigen die Löhne dagegen stärker als die Produktivität, so werden die Unternehmer ihre Gewinne mit Preissteigerungen verteidigen, inflationäre Prozesse sind die Folge.
Die neoliberale und die keynesianische Standardargumentation verhalten sich in gewisser Weise **spiegelbildlich** zueinander: Während erstere – wenn auch in ideologisch verkehrter Form – darauf abhebt, dass arbeitsplatzschaffende Investitionen ausbleiben, wenn die Löhne „zu hoch“ sind, betont letztere, dass Investitionen nur stattfinden, wenn eine entsprechende effektive Nachfrage vorhanden ist. Beide Auffassungen thematisieren jeweils **nur eine Seite eines Widerspruchs**, der die kapitalistische Produktionsweise kennzeichnet. Die Produktion von Waren und Dienstleistungen kann nur in dem Maße stattfinden, in dem Kapital profitabel verwertet wird. Dies bedeutet, dass im Produktionsprozess ein Überschuss über das vorgeschossene Kapital, ein Mehrwert erzeugt werden muss. Dieser Mehrwert kann jedoch nur realisiert und erneut in Kapital verwandelt werden, wenn die produzierten Waren auch verkauft werden, wenn also eine entsprechende Nachfrage vorhanden ist. **Die Bedingungen der Produktion und die Bedingungen der Realisierung von Mehrwert stehen jedoch im Widerspruch zueinander**. Der durch die Konkurrenz vermittelte Drang zur Kapitalverwertung ist im Prinzip unbeschränkt, es gibt kein Maß für eine ausreichende Verwertung. Die Produktion von Mehrwert setzt demnach voraus, dass der Anteil der Löhne am produzierten Wert möglichst minimiert wird. Dies geschieht durch Ausdehnung der Arbeitszeit, Senkung der Löhne, Intensivierung der Arbeit, Erhöhung der Produktivität und Freisetzung von Arbeitskräften. Die Erhöhung der Produktivität impliziert aber ein ständiges Wachstum der Produktionskapazität, eine Ausdehnung der Produktion, während die sich aus den Löhnen speisende Konsumnachfrage der Lohnabhängigen notwendig beschränkt ist.

Die Krisen vergessen?

Dieser Widerspruch führt **immer wieder** zu **Krisen** und zur Entwertung von Kapital, das nicht mehr profitabel angelegt werden kann. Eine stabile Kapitalakkumulation kann sich nur temporär und gleichsam zufällig ergeben, wenn die Entwicklung der Produktivkräfte und die Entwicklung des in den Produktionsverhältnissen angelegten Klassenkampfs zwischen Lohnabhängigen und Kapitaleignern in Bahnen gelenkt werden, die ein mehr oder weniger ausgeglichenes Wachstum von Produktionskapazität und effektiver Nachfrage erlauben. Die **Wirtschaftspolitik** kann dazu einen gewissen Beitrag leisten, doch kann sie die auf privaten Investitionsentscheidungen beruhende Kapitalakkumulation **letztlich nicht steuern**.
Aus den historisch unterschiedlichen Niveaus der Produktivkräfte, den sozialen Kompromissen und den auf ihnen beruhenden Institutionen ergeben sich konkrete Akkumulationsregimes, die mit bestimmten Wachstumspotentialen verbunden sind, aber auch deren Grenzen definieren. So beruhte das **fordistische Akkumulationsregime**, das in den 1950er und 1960er Jahren hohe Wachstumsraten ermöglichte, im Kern einerseits auf der fortschreitenden Zergliederung und Mechanisierung des Arbeitsprozesses, die für eine gewisse Zeit hohe Produktivitätszuwächse ermöglichte, und andererseits auf einem sozialen Kompromiss, der die Anerkennung der Gewerkschaften seitens der Kapitaleigner, die Einführung von Tarifverhandlungen und regelmäßige Reallohnsteigerungen mit der Anerkennung der Hoheit der Kapitaleigner bei der Arbeitsorganisation seitens der Lohnabhängigen verband. Die enge Kopplung von Produktivitäts- und Reallohnzuwächsen ermöglichte die integrierte Entwicklung von Massenproduktion und Massenkonsum und führte zu einer grundlegenden Umgestaltung der Lebensweise der Lohnabhängigen. Diese Form der „intensiven Akkumulation“ geriet jedoch bereits **Ende der 1960er** Jahre in die Krise, als die Zergliederung und Mechanisierung des Arbeitsprozesses an gewisse Grenzen stieß. Die Produktivitätszuwächse sanken, und damit nahmen auch die Verteilungsspielräume ab. Klassenauseinandersetzungen führten zu einem Rückgang der Profitrate und zur „**Stagflationskrise**“ der 1970er Jahre.
Mit den Verschiebungen der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zu Ungunsten der Lohnabhängigen in den 1980er und 1990er Jahren stieg zwar die Profitrate wieder an, doch die Wachstumsraten gingen sukzessive weiter zurück. Dies mag damit zusammenhängen, dass die „Nachfragelücke“, die durch den Rückgang der Lohnquote bedingt ist, größer geworden ist.

Nullwachstum unrealistisch

Doch es ist nicht gesagt, dass eine Anhebung der Lohnquote und der Konsumnachfrage automatisch auch zu steigenden Investitionen und zu mehr Wachstum führt. Das Resultat kann auch eine „**Profitklemme**“ aufgrund „zu hoher“ Löhne wie in der ersten Hälfte der 1970er Jahre sein, die dann zu einem Rückgang der Investitionen führt. Gerade unter den Bedingungen des freien Kapitalverkehrs ist mit **Ausweichreaktionen** zu rechnen. Um höheres Wachstum zu erzielen, wäre eine Konstellation notwendig, die gleichzeitig hohe Profite und eine hohe effektive Nachfrage ermöglicht. Eine solche Konstellation kann nicht einfach wirtschaftspolitisch hergestellt werden. Sie würde ganz neue Produktions- und Konsumnormen implizieren, die nicht nur eine weitere Ausdehnung des Massenkonsums, sondern auch eine Rationalisierung der Reproduktion der Arbeitskraft ermöglichen. Eine solche **Prosperitätskonstellation** ist **sehr unwahrscheinlich** (vgl. dazu ausführlicher Sablowski 2003). Bleiben die Wachstumsraten aber auf einem niedrigen Niveau, so bleibt auch die Massenarbeitslosigkeit bestehen – wenn keine Umverteilung von Arbeit stattfindet.
Ebenso unrealistisch wie hohe Wachstumsraten ist freilich das **Nullwachstum**, das Massarrat in einem anderen Artikel zum Thema Arbeitszeitverkürzung propagiert (vgl. Massarrat 2004). Nullwachstum würde bedeuten, dass die erweiterte Reproduktion des gesellschaftlichen Gesamtkapitals, die Kapitalakkumulation gestoppt würde bzw. dass Akkumulation nur noch durch Umverteilung bereits produzierten Werts erfolgen könnte. Tatsächlich hat die Akkumulation durch Umverteilung, durch Enteignung mit dem Rückgang der Wachstumsraten bereits an Bedeutung gewonnen – allerdings mit sozial desaströsen Konsequenzen (vgl. Zeller 2004). Um eine sozial und ökologisch verträgliche Entwicklung bei Nullwachstum durchzusetzen, bedürfte es daher eines **Bruchs** mit der kapitalistischen Produktionsweise.

Der Teufel steckt im Detail!

Wie bei anderen Reformkonzepten auch liegt der Teufel beim Konzept der Arbeitszeitverkürzung im Detail. Es kommt entscheidend darauf an, wie sie umgesetzt wird. Der **Pferdefuß** an Massarrats Argumentation ist der Verzicht auf den vollen Lohn- und Gehaltsausgleich. Er geht davon aus, dass die 30-Stunden-Woche unter den gegebenen politischen Bedingungen, d.h. angesichts der Defensive der Gewerkschaften und der sozialen Bewegungen, nur durchsetzbar ist, wenn sie weitestgehend **kostenneutral** ist. Einen Lohnausgleich hält Massarrat nur für „die unteren Einkommensgruppen“ für notwendig. Der Erfolg des Projekts hänge entscheidend davon

ab, dass „besser verdienende Gruppen der Lohn- und Gehaltsabhängigen“ bereit seien, „dafür einen Preis zu zahlen und ihre Partikularinteressen in einer ganzheitlichen Perspektive neu zu bewerten“ (Massarrat 2003, 11). Massarrat lässt offen, wo die Grenze zwischen „unteren“ und „besser verdienenden“ Einkommensgruppen gezogen werden soll und ob es sich um einen vollen oder nur um einen teilweisen Lohnausgleich für die unteren Einkommensgruppen handeln soll. Denkbar ist natürlich auch ein abgestufter Lohnausgleich. Die „Ausgleichskomponente“ für die unteren Einkommensgruppen solle „z.B. aus den eingesparten Kosten der Erwerbslosigkeit“ bezahlt werden (ebd.). Hier bleibt offen, wie dies geschehen soll: Sollen die Arbeitgeber von Beiträgen der Arbeitslosenversicherung oder von Steuern entlastet werden, um dann höhere Löhne zahlen zu können, oder sollen die dann hoffentlich frei werdenden Mittel der Arbeitslosenversicherung bzw. der öffentlichen Haushalte für die Subventionierung von Niedriglöhnen, für eine Art Kombilohnmodell verwendet werden?

Die Verweigerung des Verzichts auf einen Lohnausgleich „mit dem sachlich durchaus richtigen Verweis auf wachsende Unternehmensgewinne“ laufe darauf hinaus, „an dem herkömmlichen, jedoch perspektivlosen Wachstums- und Konsummuster festzuhalten“ (ebd.). Das Pochen auf den „Besitzstand“ hält Massarrat für illusionär, da die Lohnabhängigen diesen unter dem Druck der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit ohnehin nicht verteidigen könnten. Nur durch die Verminderung der Arbeitslosigkeit qua Arbeitszeitverkürzung könnten die Lohnabhängigen ihre Interessen wahren.

Die 30-Stunden-Woche will Massarrat in einer gesamteuropäischen Perspektive nur als Richtschnur verstanden wissen. Abweichungen nach unten oder nach oben würden sich aus den Rahmenbedingungen des jeweiligen Staates ergeben. Das gleiche gelte für die vielfältigen Formen der Arbeitszeitverkürzung im Hinblick auf die Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit bzw. die „intelligente Kombination“ dieser Optionen. Es gehe nicht um eine Arbeitszeitverkürzung „nach dem Gießkannenprinzip“. Sie lasse „sich ohnehin nur in Abhängigkeit von der Arbeitsproduktivität, von anderen sektoralen und regionalen Besonderheiten und Qualifikationsstrukturen nach differenzierten und auf die jeweilige Situation zugeschnittenen Modalitäten verwirklichen“ (ebd. 12).

Offensive durch Verzicht?

Die Einschätzung, dass die Gewerkschaften und die sozialen Bewegungen sich gegenwärtig in der Defensive befinden, ist sicher richtig. Ob sie aber in die Offensive gelangen, indem sie beim Konzept der Arbeitszeitverkürzung durch den Verzicht auf Lohnausgleich Zugeständnisse machen, ist fragwürdig. Einerseits hält Massarrat den Verzicht auf Lohnausgleich für die einzige Möglichkeit, den zu erwartenden massiven Kampagnen der Unternehmer gegen Arbeitszeitverkürzung den Wind aus den Segeln zu nehmen (ebd. 11). Andererseits konzediert er, dass die Kostenneutralität des Projekts auch keine Garantie für dessen Akzeptanz ist, vielmehr müsse „damit gerechnet werden, dass rückwärtsgewandte Unternehmerverbände, neoliberale Medien, Parteien sowie Politiker und Politikerinnen dieses Projekt trotz des weitreichenden Entgegenkommen der Lohn- und Gehaltsabhängigen aufs Schärfste bekämpfen werden“ (ebd. 12). Wenn dies aber so ist – und ich halte die letztere Einschätzung für realistisch -, wenn also eine **Arbeitszeitverkürzung ohnehin nur im Zusammenhang mit einer grundlegenden Verschiebung der Kräfteverhältnisse zugunsten der Lohnabhängigen durchsetzbar** ist, dann stellt sich die Frage, warum diese den Unternehmern überhaupt im Vorhinein Zugeständnisse machen sollen.

Der Verzicht auf vollen Lohnausgleich ist aus makroökonomischer Perspektive problematisch, weil er die Kaufkraft der Lohnabhängigen und damit die effektive Nachfrage weiter schwächen könnte. Er könnte insofern auch im Hinblick auf den angestrebten Abbau der Arbeitslosigkeit kontraproduktive Auswirkungen haben. Es ist vor allem aber auch politisch problematisch, den Verzicht auf Lohnausgleich zu propagieren, weil dies das gerade erst entstehende **Bündnis** der Gewerkschaften mit der globalisierungskritischen Bewegung zerstören könnte. Denn in den Gewerkschaften besteht erhebliche Ablehnung gegenüber einer Strategie der Arbeitszeitverkürzung ohne vollen Lohnausgleich, und zwar nicht nur bei der Gewerkschaftslinken, die der natürliche Bündnispartner der globalisierungskritischen Bewegung ist.

Der rationale Kern der Ablehnung des Lohnverzichts besteht darin, dass viele Lohnabhängige ohnehin schon unter permanenter finanzieller Knappheit leiden. **Niedriglöhne** sind heute in Deutschland auch im Bereich der „Normalarbeitsverhältnisse“ bereits gang und gäbe (vgl. Schäfer 2003), von den vielen prekär Beschäftigten ganz zu schweigen. Aber auch die durchschnittlichen Löhne sind für Familien mit Kindern keineswegs übermäßig komfortabel. Eine Grenze für einen teilweisen Lohnausgleich im Bereich von niedrigen Löhnen dürfte schwer zu begründen sein und ist letztlich willkürlich. Der **Verzicht auf einen Lohnausgleich** mag für Bezieher hoher Einkommen, die nicht der Sozialversicherungspflicht unterliegen, vertretbar sein, doch **für die Masse der Beschäftigten kommt er nicht in Frage**. Wie groß Widerstände gegen Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich sein dürften, zeigt sich bereits daran, dass auch nur die Reduzierung von **Überstunden** bei vielen Arbeitern schon unpopulär ist, weil sie auf Überstunden zur Aufbesserung ihrer Löhne angewiesen sind und mehr oder weniger damit rechnen.

Wie entscheidend die Art der Umsetzung der Arbeitszeit-verkürzung ist, lässt sich an der Einführung der 35-Stundenwoche in Deutschland und in **Frankreich** studieren.

Bei den deutschen Gewerkschaften gilt der Kampf um die 35-Stunden-Woche bis heute als großer historischer Erfolg, und dies zu Recht, nicht nur wegen der durchgesetzten Arbeitszeitverkürzung. Hätten die IG Metall und die IG Druck und Papier nicht **1984** in einem **langen Streik** die Kampfkraft der Gewerkschaften eindrucksvoll unter Beweis gestellt, wäre die Ära der Regierung Kohl möglicherweise noch ganz anders verlaufen, und die Lohnabhängigen wären viel früher mit dem massiven Angriff auf ihre Rechte konfrontiert worden, den wir heute erleben.

Übersehen wird dabei jedoch oft, dass die Gewerkschaften für die Einführung der 35-Stunden-Woche auch einen **hohen Preis** bezahlt haben. Zum einen wurde der Übergang zur 35-Stunden-Woche zeitlich so gestreckt, dass der damit verbundene Anstieg der Lohnstückkosten mehr oder weniger durch Produktivitäts-steigerungen kompensiert werden konnte, wodurch auch der Beschäftigungseffekt der Arbeitszeitverkürzung begrenzt blieb. Zum anderen öffnete der damalige Arbeitszeitkompromiss auch die Tür für die von den Arbeitgebern angestrebte Flexibilisierung der Arbeitszeiten und die Dezentralisierung des Verhandlungs-systems. Dies hatte weitreichende Folgen für das ganze System der industriellen Beziehungen und unterminierte letztendlich die gewerkschaftliche Kampfkraft und auch den Erfolg bei der Arbeitszeitverkürzung.

Erfahrungen in Frankreich

Noch deutlicher haben sich negative „Nebenwirkungen“ bei der **Einführung der 35-Stunden-Woche ab 1998 in Frankreich** gezeigt. Wie schon 1981 bei der Einführung der 39-Stunden-Woche war es hier eine Regierung der Linksparteien, die die Arbeitszeitverkürzung per Gesetz durchsetzte.

Problematisch war die Art und Weise, wie dies geschah.

Zum einen betraf die Arbeitszeitverkürzung zunächst nur 8,8 Millionen Beschäftigte in Unternehmen des privaten Sektors mit 20 oder mehr Beschäftigten. Die fünf Millionen Beschäftigten des öffentlichen Sektors kamen nicht in den Genuss der Arbeitszeitverkürzung, weil die Regierung im öffentlichen Dienst keine neuen Stellen schaffen wollte. Private Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten sollten erst zu einem späteren Zeitpunkt dem Geltungsbereich des Gesetzes unterworfen werden.

Zum anderen wollte die Regierung die Unternehmen durch eine Reduzierung ihrer Sozialbeiträge entlasten. Der mit dem vollen Lohnausgleich einhergehende Anstieg der Lohnstückkosten sollte so teilweise aufgefangen werden. Die staatliche Subventionierung der Unternehmen war zunächst an bestimmte Bedingungen im Zusammenhang mit der Implementierung der 35-Stunden-Woche gebunden (Absicherung bestehender Arbeitsplätze und Schaffung einer bestimmten Quote neuer Arbeitsplätze). Die Implementierung der neuen Regelungen wurde dezentralen Verhandlungen zwischen Unternehmen und Gewerkschaften überantwortet. Da die Gewerkschaften auf der betrieblichen Ebene in Frankreich vergleichsweise schwach verankert und politisch gespalten sind, konnten die Unternehmen die Einführung der 35-Stunden-Woche nutzen, um den Gewerkschaften Zugeständnisse auf anderen Feldern, insbesondere Lohnzurückhaltung und eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten, abzuhandeln bzw. um entsprechende Verträge mit Gewerkschaften zu schließen, die nicht repräsentativ für die Belegschaften waren.

Da die 35-Stunden-Woche nur im Jahresdurchschnitt eingehalten werden musste, konnten die Unternehmen die tatsächliche Arbeitszeit den jährlichen Nachfragezyklen anpassen und Kosten für Überstundenzuschläge einsparen. Gleichzeitig führte die Arbeitszeitverkürzung zu bedeutenden Produktivitätssteige-rungen und zur weiteren Intensivierung der Arbeit.

Durch die spätere Gesetzgebung wurden die Bedingungen für die Implementierung der 35-Stunden-Woche noch weiter zu Gunsten der Unternehmer verändert. Eine Befragung von Beschäftigten hat bezeichnenderweise ergeben, dass Beschäftigte, die mit der Arbeitszeitverkürzung zufrieden sind, sich eher unter den hochqualifizierten Angestellten finden, während jene, die mit ihr sehr unzufrieden sind, sich vor allem unter Arbeitern bzw. gering qualifizierten Beschäftigten finden (vgl. Budgen 2002, 35-37).

Die Regierung Jospin konnte den Rückgang der Arbeitslosenquote von 12,6% im Jahr 1997 auf 8,7% im Jahr 2001, der nicht nur der Arbeitszeitverkürzung, sondern auch dem konjunkturellen Boom geschuldet war, bei den Wahlen nicht in einen politischen Erfolg ummünzen.

Sebastian Budgen (ebd. 37) vermutet, dass die **Art der Umsetzung** der Arbeitszeitverkürzung letztlich dazu geführt hat, diese traditionell **progressive Forderung** unter weiten Teilen der Lohnabhängigen zu **delegitimieren**. Ironischerweise könnten diese die von der gegenwärtigen konservativen Regierung getroffenen Maßnahmen zur weiteren Aushöhlung der 35-Stunden-Regelung, z.B. die Wiederzulassung von Überstunden, sogar begrüßen.

Nicht isoliert zu lösen!

All dies zeigt, dass es **entscheidend auf die Art der Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung ankommt**. Die Frage des Lohn- und Personalausgleichs ist entscheidend. Auch die Art der Arbeitszeitverkürzung ist nicht gleichgültig. Am effektivsten im Hinblick auf die Umverteilung von Erwerbs- und Familienarbeit wäre eine Verkürzung der wöchentlichen und täglichen Arbeitszeit in einem großen Schritt, z.B. der **Übergang zum 6-Stunden-Tag**. Dies würde die Polarisierung zwischen vollzeitarbeitenden Männern und teilzeitarbeitenden Frauen, die charakteristisch für die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in Deutschland ist, reduzieren und die Bedingungen für eine stärkere Beteiligung der Männer an der Haus- und Familienarbeit verbessern.

Problematisch wäre es aber, wenn ausgerechnet eine Kampagne für Arbeitszeitverkürzung zu einer staatlichen Subventionierung von Niedriglöhnen, d.h. zur Durchsetzung der gegenwärtig sehr umstrittenen Kombilohnmodelle führen würde.

Die Frage der Arbeitszeitverkürzung kann also **nicht von anderen Fragen isoliert** werden, sondern muss ein Bestandteil in einem organischen Reformpaket sein. Dazu gehört auch eine **Einkommensumverteilung** von oben nach unten und letztlich auch eine **demokratische Kontrolle der privaten Investitionstätigkeit**. Erst in diesem Kontext kann die Arbeitszeitverkürzung ihr Potential entfalten.

Beitrag für „Sand im Getriebe“ April 2004

Literatur

Budgen, Sebastian (2002): The French Fiasco. In: New Left Review, Nr. 17, Sept./Okt., 31-50.

Herr, Hansjörg (2002): Arbeitsmarktreformen und Beschäftigung. Über die ökonomietheoretischen Grundlagen der Vorschläge der Hartz-Kommission. In: Prokla 129, 32. Jg., Nr. 4, 515-536.

Massarrat, Mohssen (2003): Agenda 2010: 30-Stunden-Woche für Europa. Die Alternative zu neoliberalen Rückwärtsstrategien. In: Sand im Getriebe, Nr. 26, 8.10.2003, 9-12.

Massarrat, Mohssen (2004): Aus der Krise in die politische Offensive. Arbeitszeitverkürzung als vorrangiges Projekt für Gewerkschaften und Zivilgesellschaft. In: Freitag, Nr. 15, 2.4.2004.

Sablowski, Thomas (2003): Krisentendenzen der Kapitalakkumulation. In: Das Argument 251, 45. Jg., Heft 3, 438-452.

Schäfer, Claus (2003a): Effektiv gezahlte Niedriglöhne in Deutschland. In: WSI-Mitteilungen 7/2003, 420-428.

Schäfer, Claus (2003b): Mit einer ungleicheren Verteilung in eine schlechtere Zukunft – Die Verteilungsentwicklung in 2002 und den Vorjahren. In: WSI-Mitteilungen 11/2003, 631-643.

Zeller, Christian (Hg.) (2004): Die globale Enteignungsökonomie. Münster

Die Gewerkschaften müssen ihre Kämpfe zu gesellschaftlichen machen

Streiken, aber richtig

Mag Wompel

Wer die Gewerkschaftsbewegung bereits tot glaubte, wird momentan eines Besseren belehrt – flächendeckend wird gestreikt und protestiert! Bei aller Freude an selbst geringsten Regungen von Widerstand ist es dennoch notwendig, über Streik- und Kampfformen nachzudenken.

Die aktuell größte Streikbewegung organisiert ver.di im Rahmen der Tarifverhandlungen für die rund 160 000 Beschäftigten bei der Deutschen Post AG. Dem Aufruf zu zeitlich befristeten Arbeitsniederlegungen sind seit vergangenem Samstag über 1 500 Kolleginnen und Kollegen gefolgt, und ver.di ist stolz darauf, dass rund fünf Millionen Sendungen liegen blieben. Das ist schon beeindruckend, sind doch Postangestellte nicht gerade für ihre Streikbereitschaft berühmt. Auch »fünf Millionen Sendungen« klingt gewaltig, solange Liebesbriefe und Rechnungen gleichgestellt werden. Insbesondere in Kenntnis französischer Kampfmaßnahmen, bei denen Geschäftspost liegen blieb, während Erwerbslosenschecks ausgetragen wurden, stellt sich jedoch die Frage, ob andere Streikformen nicht eher geeignet gewesen wären, bei dem allen, die unter dem ausgedünnten Postfilialnetz leiden, Verständnis für die gebeutelten Angestellten zu erzeugen.

Die Frage, »wem will ich mit den Streikmaßnahmen schaden und wem nicht«, stellt sich auch bei den Herweg Bus Betrieben (HBB) in Leverkusen. Die dortigen Beschäftigten befinden sich seit Wochen im Streik gegen Niedriglöhne, denn neue Fahrer werden nur noch bei der Tochtergesellschaft Wupper-Sieg AG zu deutlich niedrigeren Löhnen eingestellt. Es ist zu vermuten, dass dieser berechtigte Streik mehr Unterstützung erfahren würde, wenn die Kampfmaßnahme nicht in der Verweigerung der Beförderung, sondern in der Verweigerung des Kassierens der Beförderungskosten bestünde. Allein die Androhung einer solchen Maßnahme des Nulltarifs hat im vorletzten Jahr den niederländischen Bahnschaffnern zu einer sechsprozentigen Lohnerhöhung verholfen.

Es gibt zahlreiche internationale Beispiele für Kampfformen, die die Bevölkerung einbeziehen, anstatt sie zu behindern. Das aktuellste kommt einmal mehr aus Frankreich, wo der Streik im Energiesektor gegen Privatisierung für die bedürftigen Kunden zu verbilligten Stromrechnungen führt. Solche Kampfformen setzten aber voraus, dass sich die Gewerkschaften und ihre Mitglieder auch um die gesellschaftlichen Folgen der Arbeit kümmern und so ihre Kämpfe zu gesellschaftlichen Kämpfen machen.

Weit davon entfernt ist momentan die IG BAU. Über den DGB an der Hartz-Kommission beteiligt, nimmt sie nun ausgerechnet die Einführung des Arbeitslosengeldes II zum Anlass, »in der Tarifpolitik neue Wege zu gehen« (IG-BAU-Vorsitzender Klaus Wiesehügel) und bietet in der Tarifrunde Bauhauptgewerbe Lohnzurückhaltung gegen Beschäftigungssicherung – als ob Verzicht je Arbeitsplätze gerettet hätte. Als Anreiz für eine mindestens zwölfmonatige, durchgehende Beschäftigung (ein durchaus ehrenvolles Motiv) sollen die Betriebe, die ihre Arbeiter und Angestellten im Laufe des Jahres nicht kündigen, eine »Beschäftigungsprämie« erhalten. Finanziert werden soll dieser Bonus durch eine zweiprozentige Lohnerhöhung, die nicht an die Beschäftigten, sondern an die Sozialkasse des Baugewerbes fließen soll. Im kommenden Frühjahr werde der Bonus dann an die Betriebe ausgezahlt, die auf Kündigungen verzichtet haben. Damit ist endgültig realisiert, dass wir Geld zur Arbeit mitbringen.

Als ob dies nicht reichte, sollen 0,2 Prozent der Bruttolohnsumme – rund 30 Millionen Euro – für die Finanzierung von gemeinsamen Aktivitäten zur Kontrolle der illegalen Beschäftigung verwendet werden. Damit sollen die Bau-Kollegen nicht nur ihre Arbeitsplätze, sondern auch die unsägliche Denunziationskampagne der IG BAU bezahlen, die u. a. die Migranten und Wanderarbeiter trifft.

Diese Abschottungspolitik gegen unliebsame Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt wird auch durch die NGG unterstützt, die den Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Schwarzarbeit als unzureichend kritisiert hat. »Da könnte noch mehr geschehen, denn letztlich geht es um unsere Gesellschaft und um unsere Volkswirtschaft«, sagte der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg in einem Interview.

In der Tat sorgen sich die Gewerkschaftsführungen – abseits der Reden am 3. April oder 1. Mai – »um unsere Volkswirtschaft« und weder um gesellschaftliche Interessen der Bürger noch um internationale Solidarität.

Diese immer noch vorrangige Sorge um die deutsche Wettbewerbsfähigkeit verhindert nicht nur soziale und internationale Solidarität, sie verhindert auch wirkungsvolle soziale Kämpfe. Aus dem am 3. April viel beschworenen »Nachladen« der Protestbewegung gegen die sozialen Schweinereien, ist bei der IG Metall ein »erstes Arbeitnehmerbegehren in Deutschland« geworden. Bis zum Herbst werde man »ein Votum in den Betrieben und der Öffentlichkeit sammeln, um es dann den politischen Parteien zu präsentieren«, hieß es am 26. Mai. Wirtschaft und Politik zittern.

Regierung und Opposition steckten mit ihrer Politik in einer Sackgasse, meinte IG-Metall-Chef Jürgen Peters. »Man wird diese Sackgasse nicht verlassen, indem man jetzt mit höherer Geschwindigkeit gegen die Wand fährt, sondern indem man endlich die Richtung ändert.« Dies sollten die Gewerkschaften bei der Wahl ihrer Streik- und Protestformen beherzigen.

Erschienen in Junge Welt, 29.5.2004

s. auch
http://www.labournet.de/diskussion/gewerkschaft/erfahrung/kampform.html

" Frankreich: Protestaktionen und Demonstrationen gegen Teilprivatisierung von Energieversorgern

(…) Begleitet von Massendemonstrationen und Proteststreiks hat am Dienstag in Paris die Parlamentsdebatte über die Umwandlung der staatlichen Energiebetriebe Electricité de France (EdF), die am Energieversorger Energie Baden-Württemberg (EnBW) 34,5 Prozent des Kapitals hält, und Gaz de France

(GdF) in Aktiengesellschaften (AG) begonnen. Die vier größten Gewerkschaftsverbände CGT, CFDT, Force Ouvrière (FO) und CFDT hatten die 150 000 Beschäftigten der beiden Betriebe zu einem 24stündigen Ausstand und zu mehr als 70 Demonstrationen im ganzen Lande aufgerufen. In Paris fand eine Großkundgebung mit etwa 10 000 EdF/GdF-Agestellten statt, bei der auch gegen die von der Regierung angekündigte Reform der Krankenversicherung protestiert wurde. Für zahlreiche öffentliche Gebäude wurde aus Protest die Stromzufuhr unterbrochen.(...)

In der Nacht zu Dienstag waren in Südwestfrankreich bereits Industrieminister Patrick Devedjian (UMP), UDF-Chef Francois Bayrou, der Europaparlamentarier Jean-Marie Cavada (UDF) und der Chef des französischen Unternehmerverbandes Medef, Ernest-Antoine Sellière, von Stromunterbrechungen in ihren Privathäusern betroffen. Dagegen haben die EdF-Aktivisten bei zahlreichen sozial schwachen Familien, die ihre Rechnungen nicht bezahlen konnten, die Stromzufuhr wieder hergestellt. Am Dienstag wurde die Stromproduktion nach Angaben der Gewerkschaften um insgesamt 15 000 Megawatt reduziert."

Junge Welt, 16.6.2004.

Abbau der Massenarbeitslosigkeit durch Arbeitszeitverkürzung

Vier Teilstrategien

Fritz Vilmar

Arbeitslosigkeit ist eine der schlimmsten, wenn nicht die schlimmste Form der kapitalistischen Dehumanisierung der Arbeit. Die neoliberalen Versuche seit den achtziger Jahren, durch Deregulierung, de-facto-Lohnstopp, schrankenlose steuerliche Begünstigung der Gewinne etc. Arbeitsplätze zu schaffen, haben sich als wirkungslos erwiesen[6]. Die staatlichen Maßnahmen zur Förderung des Wirtschaftswachstums können bestenfalls eine *Zunahme* der Arbeitslosigkeit *abbremsen*, zum *Abbau* der Massenarbeitslosigkeit aber kaum etwas beitragen.

Daher müssen unausweichlich direkte Politiken der Umverteilung des vorhandenen Arbeitsvolumens in Gang gesetzt werden[7], falls der proklamierte "Kampf gegen die Arbeitslosigkeit" nicht Rhetorik bleiben soll. Die prominente "Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik" um Prof. Hickel/-Bremen hat bereits in ihrem Memorandum vom Mai ´98 den notwendigen Zusammenhang auf den Punkt gebracht: *"Die Bedeutung der Arbeitszeitverkürzung ergibt sich unmittelbar aus der Erkenntnis, daß die Wachstumskräfte zunehmend schwächer werden. Wenn aber Wachstum nach den Erfordernissen des Arbeitsmarktes nicht mehr herstellbar ist, somit unter bestehenden Arbeitszeitverhältnissen kein zur Vollbeschäftigung notwendiges Arbeitsvolumen (= Gesamtnachfrage nach Arbeit; F.V.) mehr geschaffen werden kann, bleibt nur die Anpassung individueller Arbeitszeiten an das vorhandene Arbeitsvolumen*."

[6]Auch Schröder folgte der alten, zwar hochgewinnträchtigen, volkswirtschaftlich als wirkungslos erwiesenen neoliberalen Ideologie, seit 20 Jahren vergeblich von den Konservativen in USA und Europa – nicht zuletzt unter Kohl! - ausprobiert: Dem Kapital immer günstigere Steuer-, Abschreibungs- und Lohnkostenbedingungen zu schaffen: das hat zu immer phantastischeren Gewinnen geführt, bei fast stagnierenden Löhnen, aber nicht etwa zu mehr Arbeitsplätzen, sondern zu immer weniger Investitionen, zu immer höherer Massenarbeits-losigkeit. Von 1980 -94 Steigerungen der Einkommen aus Gewinnen und Vermögen: von 251 Mrd. auf fast das Doppelte (486 Mrd. DM) jährlich, dabei aber Abstieg der Bruttoinvestitionen von 279 Mrd. auf 193 Mrd. DM - und Zunahme der registrierten Arbeitslosigkeit von 0,9 zu 2,6 Millionen (laut AAW)!

[7] Es gibt nur *eine* weitere Hauptstrategie gegen die Arbeitslosigkeit: *ein großes Programm öffentlich geförderter Arbeit für ca. 1 Million .Arbeitsuchende.* Diese Strategie kann ich in diesem Text nicht im Detail vorstellen. Ich beschränke ich mich hier darauf, auf eine pauschale Berechnung hinzuweisen: Nach Untersuchungen, die eine Arbeitsgruppe unter Leitung der damaligen berliner Sozialsenatorin Christine Bergmann 1998 anstellte (und die ich hier auf die Größenordnung von 1 Million ABM-Beschäftigten hochrechne), betragen die Bruttokosten für deren öffentliche Beschäftigung zwar ca. 59 Mrd. DM; da diese öffentlich **in sozialen, ökologischen und kommunalen Bereichen** Beschäftigten aber Steuern und Versicherungsbeiträ-ge zahlen und da für sie die Lohnersatzleistungen wegfallen, würden sich die Nettokosten auf ca. 13 Mrd. reduzieren, induzierte ökonomische Multiplikator-Effekte noch nicht einge-rechnet. Der gesellschaftliche und menschliche Wert eines solchen Zweiten Arbeitsmarktes, der bei weitem effektiver gestaltet werden könnte als die bisherigen ABM, ist dabei kaum zu überschätzen.

Vier Teilstrategien der AZV kombinieren...

Entscheidend ist dabei, daß vier Teilstrategien der Arbeitszeitverkürzung gleichzeitig in Gang gebracht werden müssen, die zusammengefasst 2,5 - 3,5 Millionen Arbeitsplätze sichern oder neu schaffen:

1. **Verkürzung der Wochenarbeitszeit um mindestens 3 Stunden;**
2. **nachhaltige Förderung freiwilliger Teilzeitarbeit;**
3. **Abbau der Überstunden, die zZt. (rechnerisch) ca. 1 Million Arbeitsplätze wegnehmen;**
4. **nachhaltige Förderung des Vorruhestands ab 55 (das betrifft ca. 3 Millionen Arbeitnehmer).**

Die Notwendigkeit einer Kombination dieser Teilstrategien haben die Forscher des IAB (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung) bereits in den achtziger Jahren aufgezeigt.[8] Ein auf 5-10 Jahre angelegtes Programm, welches die Teilstrategien der AZ V realisiert, erspart etwa 2,5-3 Millionen Menschen (Minimal- und Optimalkalkulation) die Arbeitslosigkeit. Wenigstens in Kürze ist auf die mit diesen Teilstrategien einer planvollen Arbeitszeitverkürzungs-Politik verbundenen Probleme einzugehen:

1
Schrittweise Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf die 32-Stunden-Woche:

Die Verkürzung der Wochenarbeitszeit zeitigt die stärksten Arbeitsmarkteffekte: Eine Stunde weniger Arbeit schafft rein rechnerisch 800 000 neue Arbeitsplätze. Nach diversen Untersuchungen werden etwa 50% dieser rechnerischen Größe durch Produktivitätssteigerungen kompensiert, so dass ein realer Beschäftigungseffekt von ca. 400 000 pro verminderter Arbeitsstunde durchaus realistisch ist. Bei einer raschen Senkung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden (Ost) und 32 Stunden (West) wäre also ein Beschäftigungseffekt von 4 mal 400 000 = 4,6 Millionen realisierbar, eine Größenordnung, mit der kein staatliches Beschäftigungsprogramm mithalten kann. Die sukzessive Einführung der 35- bzw. 32-Stunden-Woche darf nicht ein Fixpunkt, sondern nur Etappenziel sein. Längerfristig kann nur die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit auf 6 Stunden als Strategie gegen steigende Arbeitslosigkeit ein ausreichendes Gegengewicht bilden. Dazu bedarf es der gemeinsamen Anstrengungen der Tarifpartner, aber auch des Staates. Dabei war es ein außerordentlicher Fortschritt sozialer Wirtschaftspolitik, dass die Regierung Jospin ab dem Jahre 2000 die 35-Stunden-Woche per Gesetz einführte[9] – die konservative Regierung hat im Sommer 2002 dieses Gesetz zwar „entschärft", sie wagte aber nicht, es zu kassieren!

In der Öffentlichkeit wird angesichts der zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit unausweichlichen "Arbeitszeitverkürzung in großen Schritten" immer wieder eingewandt, die dabei eintretende Reallohneinbuße sei für die Arbeitenden unzumutbar, ein *Lohnausgleich.* sei nicht finanzierbar Diese These ist volkswirtschaftlich nicht haltbar: **Wenn, wie die Gewerkschaften zu recht fordern, das jährlich 2-3 prozentige Produktivitätswachstum in unserer Wirtschaft an die Beschäftigten weitergegeben wird (statt wie seit 1982 von der Kapitalseite einbehalten zu werden), so kann in vier Jahren eine AZV auf 35 Stunden <u>mit</u> Lohnausgleich realisiert werden.**[10]

2
Begrenzung der Überstunden:

Vorrangige Aufgabe des Gesetzgebers muss eine grundlegende Novellierung der Arbeitszeitordnung (AZO) sein, die Überstunden unattraktiv macht und - von einer bestimmten Größenordnung an - nicht von der Zustimmung des Betriebsrats sondern des Arbeitsamtes abhängig sind; sie sind grundsätzlich innerhalb eines Kalenderjahres durch Freischichten bzw. zusätzlichen Urlaub „abzufeiern", so dass Neueinstellungen notwendig werden. Zur Zeit entspricht die Zahl der ca. 2 Mrd. (!) Überstunden in der Bundesrepublik einem Beschäftigungsäquivalent von gut 1 Million Erwerbstätigen - ein

---

[8] Vgl. Lutz Reyher, Hans-Uwe Bach u.a., Arbeitszeit und Arbeitsmarkt. Volumenrechnung, Auslastungsgrad und Entlastungswirkung, in: Th. Kutsch/F.Vilmar (Hg), Arbeitszeitverkürzung – ein Weg zur Vollbeschäftigung? Opladen 1983, S. 867 – 127, und zusammenfassend, Fritz Vilmar, Eine gemeinsame Aktion für Arbeitszeitverkürzung, a.a.O. S. 28-72

[9] Das Gesetz über die 35-Stunden-Woche wurde am 19. Mai 1998 in Kraft gesetzt:"Für Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten gilt ab dem 1. Januar 2000 eine gesetzliche Wochenarbeitszeit von 35 Stunden.(...) Unternehmen, die bis zum 1. Januar 2000 bzw. 2002 (für Unternehmen unter 20 Beschäftigte; FV) ihre Arbeitszeit nicht verkürzt haben, müssen damit rechnen, daß jede Arbeitsstunde jenseits der 35-Std.-Grenze fortan als Überstunde gilt, die Mehrkosten verursacht, weil Verdienstzuschläge oder vorgeschriebene Ausgleichszeiten anfallen.(...) Jedes Unternehmen, das vor dem 1. Januar 2000 die Arbeitszeit um mindestens 10% kürzt und gleichzeitig die Belegschaft um 6 % vergrößert bzw. einen Stellenabbau im gleichen Umfang vermeidet, bekommt 5 Jahre lang eine staatliche `Prämie'.(...): Die Regierung reduziert die Arbeitgeber-Beiträge zur Sozialversicherung." - wobei die Prämien um so höher ausfallen, je eher die Unternehmer handeln. Uwe Wiedenstried, Frankreichs Regierung wagt große Sprünge für Arbeit und Soziales, in: Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, H. 105, Jan./Febr. '99, S.20. Trotz einer massiven Kampfansage des französischen „patronat" ließ sich die Regierung Jospin nicht von dieser in sich höchst konsistenten und in den Details sehr flexibel und intelligent ausgearbeiteten Gesetzgebung abbringen. Bis Ende 2001 wurde bereits ein Erfolg - ca. 400 000 Arbeitsplätze - registriert.

[10] Sollten diese Tariflohnsteigerungen in der gegenwärtigen machtpolitischen Situation aber nicht voll erreichbar sein, so ist sie zumindest für die Weniger Verdienenden durch den längst fälligen Übergang zu einer *Solidarischen Einkommenspolitik*, d.h. durch die seit langem geforderte neue Tarifpolitik zu realisieren. Mit Recht forderte die Grundwertekommission der SPD bereits vor 20 Jahren "die Abkehr von einer Tarifpolitik der prozentualen Einkommenssteigerungen, durch die bekanntlich die Kluft zwischen den gut und schlecht Verdienenden immer größer wird. Statt dessen soll eine Tarifpolitik der Sockel- und Fixbeträge betrieben werden, durch die sich allmählich eine (durch keinerlei Leistungsprinzip mehr zu rechtfertigende) Scherenbildung in der Einkommenshierarchie abbaut".' Denn eine Politik der Fixbeträge „benachteiligt" die Gutverdienenden zugunsten der Bezieher niedriger Einkommen. Diese Tarifpolitik fördert im übrigen auch eine wirtschaftlich sinnvolle Kaufkraftentwicklung auf Kosten derjenigen Einkommensgruppen, die mit ihren relativ hohen Einkommensüberschüssen Sparquoten erbringen, die volkswirtschaftlich irrational (weil bei geringem Wirtschaftswachstum nicht mehr sinnvoll investiv verwendbar) sind.

Extrembeispiel planloser, rein betriebswirtschaftlich orientierter Arbeitszeitpolitik.

3
Ausweitung der freiwilligen Teilzeitarbeit:

In den Niederlanden, Dänemark, England und Schweden wird die Erwerbslosigkeit durch Teilzeitarbeit von 30-50% der Berufstätigen erheblich verringert. In Deutschland hat sich das in Umfragen der achtziger Jahre festgestellte Interesse von 70 (50) % der Frauen (Männer) verändert, weil die Mehrheit der Interessierten der "versicherungsmathematische Abschlag" bei ihrer Rentenberechnung abschreckt und die meisten Arbeitgeber sich weigern, Teilzeitarbeit anzubieten. Gleichwohl sind auch in Deutschland inzwischen – teilweise gezwungenermaßen – ca. 20 % der Beschäftigten in Teilzeit tätig.

Es bedarf aber einer Gesetzgebung, die die gesellschaftlich höchst anerkennenswerte Entscheidung, Arbeitszeit mit anderen zu teilen, rentenrechtlich honoriert und im übrigen allen Arbeitnehmern ein individuelles Mitbestimmungsrecht, sich für Teilzeitarbeit zu entscheiden, gegenüber dem Arbeitgeber einräumt. Die Niederlande können hier als Modell und Vorbild gelten[11].

4
Tarifrente:

Schon Ende der siebziger Jahre sollte, nach den Vorschlägen des damaligen Arbeitsministers Herbert Ehrenberg (SPD) und der Gewerkschaft NGG, ein Tariffonds geschaffen werden, der es älteren Arbeitnehmern ermöglichen würde, vorzeitig aus dem Erwerbsleben auszuscheiden[12]. Dabei sollen ca. 75% der bisherigen Bezüge (inklusive Sozialversicherung) weiter gezahlt werden. Finanziert werden soll das Programm zu 50% von der Bundesanstalt für Arbeit (sofern für die Ausscheidenden neue Arbeitnehmer eingestellt werden) und zu 50% aus einem Tariffonds (Lohnverzicht). Variationen dieses arbeitszeitpolitischen Konzepts gibt es auch heute[13].

... und gesetzlich absichern[14]

Die gesetzliche Förderung oder Durchsetzung dieser 4 Strategien ist absolut **kostenneutral**, da die gewaltigen Ersparnisse an Lohnersatzleistungen für Millionen Arbeitslose, die wieder Arbeit finden, sowie die Steuern und Beiträge, die die Neueingestellten zahlen, die öffentlichen Kassen derart entlasten, dass eine gesetzliche Unterstützung dieser Politiken in großem Umfang finanzierbar wird. (Die Finanzierung der Arbeitslosen kostet die öffentlichen Hände (2001) über 160 Mrd. DM!) Vor allem folgende gesetzlichen Grundlagen müssen geschaffen werden:

1. Novellierung des Arbeitszeitgesetzes: Normal-Arbeitswoche künftig 35 Wochenstunden; Genehmigungspflicht von Überstunden durch das Arbeitsamt ab einer bestimmten Größenordnung, statt Überstunden-Bezahlung Freizeit bzw. mehr Urlaub.
2. Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes und der Personalvertretungsgesetze mit dem Ziel, Einführung und Beendigung von Teilzeitarbeit als individuelles Mitbestimmungsrecht zu verankern[15] - d.h. die Arbeitgeber müssen eine Ablehnung von TZA-Anträgen begründen; dieses Gesetz ist inzwischen geschaffen worden..
3. Gesetz über die spezielle rentenrechtliche Absicherung der Teilzeitarbeitenden. (Viele an TZA Interessierten schrecken schließlich doch davor zurück, weil die Minderung ihrer Rente nicht zu verkraften ist.)
4. Verabschiedung eines für die Betroffenen attraktiven Vorruhestands-Gesetzes in Verbindung mit dem Konzept eines Tariffonds, "in den ein Teil der ausgehandelten Lohnerhöhungen sowie ein Beitrag der Unternehmen einbezahlt werden soll": Dadurch wird ab 55 der (gleitende) Übergang in den Ruhestand ohne unannehmbare Lohneinbußen möglich.
5. Die gewerkschaftlichen Tarifpolitik zur weiteren Verkürzung der Wochen-Arbeitszeit "in großen Schritten" - ohne jeden Zweifel die wirksamste Strategie gegen die Massenarbeitslosigkeit - muss durch gesetzgeberische Maßnahmen erleichtert werden, indem vor allem (bei den wenig Verdienenden) Lohnverluste ausgeglichen und gegebenenfalls betriebliche Umstellungskosten kleinerer Unternehmen übernommen werden.

---

[11] Gesetzliche Förderung könnte das nach Auffassung des Leiters des IAB, Gerhard Kleinhenz, "beträchtliche Potential für mehr Teilzeitbeschäftigung in der Bundesrepublik" erschließen. „Immerhin möchte ein Viertel der Beschäftigten unter entsprechendem Einkommensverzicht kürzere Zeit arbeiten". Zur Zeit sei die TZ-Quote nur etwa 19 Prozent. (Frankf. Rundschau v. 3. Febr. 99, S. 1)

[12] Vgl. Herbert Ehrenberg, Mit 58 in Rente, in: Vorwärts v. 4. 2. 82, S.21

[13] Schon1998 hatte Minister Riester eine Tariffonds-Lösung vorgeschlagen. Bei diesen Voraussetzungen kann der Arbeitsplatzeffekt auf 0,4 Mio. Arbeitsplätze geschätzt werden. Da bis zu 80% der älteren Arbeitenden lieber früher aus dem Arbeitsstreß ausscheiden wollen und dadurch zugleich etwa 500 000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden können, ist ein für die große Mehrheit sozial tragbares Konzept der Vorruhestandsregelung eine dringend erforderliche Teilstrategie. Durch einen stufenweisen Übergang kann das plötzliche Ausscheiden aus dem Arbeitsleben verhindert werden.

[14] Die verschiedenen gesetzlichen Grundlagen, die der Staat zur Durchsetzung einer wirkungsvollen Politik der Arbeitszeitverkürzung und des zweiten Arbeitsmarktes schaffen muß, finden sich zusammenfassend dargestellt in: Fritz Vilmar, Eine neue Grundordnung der Arbeits- und Lebenszeit, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MitABfo) 111984, S.74ff.

[15] Diese Forderung ist seit 2000 durch die Verabschiedung eines Teilzeitgesetzes teilweise erfüllt worden.

Thesen zum gesetzlichen Mindestlohn

10 Euro!

Rainer Roth

1) Kern der Agenda 2010 ist die **Abschaffung der Arbeitslosenhilfe**. Das dient in erster Linie dem **Lohnabbau**, ebenso wie die Verschlechterungen beim Arbeitslosengeld I, die Senkung des neuen Arbeitslosengelds II unter Sozialhilfeniveau, der Ausbau der Zwangsarbeit, die Zumutbarkeit von Löhnen, die bis zu einem Drittel unter Tarif liegen uswSozialabbau dient in erster Linie dem Lohnabbau, nicht in erster Linie Einsparungen bei den Staatsfinanzen oder Einsparungen bei der Sozialversicherung.

2) Die Sozialhilfe definiert das offizielle Existenzminimum und damit eine Art Mindestlohn, ebenso wie jetzt das Arbeitslosengeld II. ALG II ist nur eine andere Form von Sozialhilfe. Die Arbeitgeberverbände treten für die allgemeine **Senkung** der Sozialhilfe bzw. des ALG II **um mindestens 25%** ein. Damit wollen sie allgemeine Lohnsenkungen um bis zu einem Drittel durchzusetzen und die Löhne unter das heutige Existenzminimum drücken.

3) Der Mindestlohn Sozialhilfe/ALG II **hemmt den Fall der Löhne nach unten**, ebenso wie Tarifverträge, die in ihrem Geltungsbereich ebenfalls Mindestlöhne definieren. Die Sozialhilfe steht in ihrer Bedeutung für Lohnabhängige auf einer Stufe mit Tarifverträgen. Senkung des "Flächentarifs" Sozialhilfe und Abschaffung von Flächentarifverträgen haben dasselbe Ziel, nämlich Profitsteigerung.

4) Das Kapital und seine politischen Parteien versuchen **Beschäftigte und Arbeitslose zu spalten**, um Sozialabbau und Lohnsenkungen durchzusetzen. Deshalb wird die Sozialhilfe als Hängematte dargestellt, nicht als der Mindestlohn, der sie in erster Linie ist. Und Arbeitslose werden als Faulenzer hingestellt, die angeblich nur durch Kürzungen zur Arbeit motiviert werden können. Umgekehrt wird Arbeitslosen gesagt, dass die Beschäftigten und ihr egoistisches Beharren auf Tariflöhnen Ursache ihrer Arbeitslosigkeit ist. Wären die Löhne untertariflich, würden sich nämlich Unternehmer finden, die ihre Ware Arbeitskraft kaufen. Die täglich propagierte Spaltung ist in großem Maße erfolgreich.

5) Die vorherrschende Haltung der **Gewerkschaftsführungen** fördert die Spaltung. Der DGB-Bundesvorstand ist für die Verabschiedung der Agenda 2010 **mitverantwortlich**. Die Hartz-Gesetze wurden lange Zeit in erster Linie als Chance für Arbeitslose verkauft. (PSA, Senkung der Lohnnebenkosten, bessere Betreuung der Langzeitarbeits-losen, nur eine Behörde usw..) Deshalb hat die DGB-Führung den gemeinsamen **Widerstand** von Beschäftigten und Arbeitslosen gegen die Agenda, wenn überhaupt, dann nur **halbherzig** organisiert. Deshalb hat sie auch über die gemeinsamen Interessen und über Lohndumping als Zweck des Sozialabbaus kaum aufgeklärt. Erst unter dem Druck von unten (1.11.) hat die DGB-Führung ihre Haltung nach der Verabschiedung der Agenda etwas verändert.

6) Aus all dem folgt, dass Bündnisse gegen Sozialabbau und Billiglöhne angesichts der vorherrschenden Spaltung in erster Linie die **gemeinsamen Interessen** der LohnarbeiterInnen betonen müssen, seien sie **beschäftigt** oder **arbeitslos**. Diese gemeinsamen Interessen müssen in gemeinsamen Forderungen zum Ausdruck kommen.

7) Um dem **Lohndumping Schranken nach unten zu setzen**, sind Mindestlöhne notwendig, die das Existenzminimum eines Erwerbstätigen decken. Die Sozialhilfe definiert offiziell das Existenzminimum. Sie ist deshalb trotz der Kürzungen der letzten Jahre der wichtigste Maßstab, um festzustellen, ob Löhne dem Existenzminimum entsprechen. Sie muss von daher Ausgangspunkt für unsere Forderungen sein, natürlich nicht Endpunkt.

8) Wie hoch muss ein Mindestlohn sein, der dem **Existenzminimum** entspricht?
Ein Anhaltspunkt ist die **Pfändungsfreigrenze**. Sie beträgt 940€. Sie wurde im Jahr 2001etwas oberhalb des damaligen Sozialhilfeniveaus einer Erwerbstätigen festgesetzt (870€). Der Mindestlohn muss über der Pfändungsfreigrenze liegen. Ein Lohn von zehn Euro brutto würde dem für das Jahr 2004 in etwa entsprechen. Auch der Mindestlohn für un- und angelernte Bauarbeiter liegt bei etwa 10€. Bei einer durchschnittlichen

tariflichen Arbeitszeit von 38,5 Stunden in der Woche (167 Stunden im Monat) wären das 1.670€ brutto. Nach Abzug von Lohnsteuern und 21% Sozialversicherungsbeiträgen kämen bei Alleinstehenden etwa 1.050 € netto heraus. In diesem Betrag wären keinerlei Lebenshaltungskosten für ein Kind enthalten, also den Ersatz der Arbeitskraft. Der Sozialhilfebedarf eines Kindes beläuft sich auf etwa 3-400€, wovon 154€ durch Kindergeld gedeckt sind. So betrachtet sind 10€ brutto sehr bescheiden.

9) Gegenwärtig arbeiten 2,8 Millionen Beschäftigte für Tariflöhne unterhalb von 6 € die Stunde. Die Agenda 2010 hält es für zumutbar, dass Arbeitslose zu Löhnen von bis zu einem Drittel unterhalb der Tariflöhne arbeiten, also z.B. für 4 € die Stunde bis hin zu rd. 2€. Der niedrigste Tariflohn in Deutschland ist 2,74€. Aber auch Löhne oberhalb von 6€ die Stunde liegen noch unterhalb des Sozialhilfe- Existenzminimums. **Tariflöhne verhindern nicht, dass Löhne unter dem Existenzminimum liegen**. Sie sind keine ausreichende Grundlage, um dem Lohndumping entgegenzuwirken. Dazu kommt, dass viele Betriebe nicht mehr tarifgebunden sind, besonders in Ostdeutschland.

10) Weil Löhne häufig unterhalb des Existenzminimums liegen, sind gesetzliche Mindestlöhne notwendig, die zum Leben reichen. Sie **müssten bei zehn Euro beginnen**.

11) Arbeitgeberpräsident Hundt, Kanzler Schröder und viele Gewerkschaftsführer wenden sich gegen gesetzliche Mindestlöhne, weil das ein Verstoß gegen die **Tarifautonomie** sei. Offensichtlich kommt die Tarifautonomie dem Ziel des Kapitals entgegen, das Lohnniveau zu senken, sonst würde Hundt die Tarifautonomie nicht verteidigen. Lohndumping-Kanzler Schröder denkt ähnlich. Wenn Gewerkschaften sich gegen Mindestlöhne aussprechen, die oberhalb der Sozialhilfe liegen, fallen sie den unteren Schichten der Arbeiter und Angestellten sowie den Arbeitslosen in den Rücken, die sich gegen Lohndumping wehren.

12) Die Arbeitgeberverbände sind faktisch aber dennoch für eine Art Mindestlohn. Nur in der Form, dass sie möglichst niedrige Löhne zahlen und die Beschäftigten **Lohnzuschüsse** aus Steuermitteln bis zu einem bestimmten Mindestlohn bekommen. Sie streben Lohnsubventionen aus Lohnsteuern und Mehrwertsteuern an. Das lehnen wir ab. Gesetzliche Mindestlöhne, die das Kapital zahlen muss, sind die Alternative zu "Kombi"löhnen.

13) Gesetzliche Mindestlöhne zu fordern, bedeutet **nicht, dem Staat alles zu überlassen**. Ausreichende gesetzliche Mindestlöhne sind ohne erhebliche gemeinsame Anstrengungen von Beschäftigten und Arbeitslosen nicht zu haben.

14) Gesetzliche Mindestlöhne müssen **lohnsteuerfrei** sein. Sie würden außerdem die Einnahmen der Sozialversicherung erheblich erhöhen und damit der Krise der Sozialversicherung entgegenwirken.

15) Es ist notwendig, die Forderung nach zehn Euro Mindestlohn in den Mittelpunkt des Kampfs gegen die Lohndumping-Agenda zu stellen. Auf dieser Basis ist ein **Bündnis zwischen beschäftigten und arbeitslosen LohnarbeiterInnen** möglich.

Anhang:

* Im Jahr 2002 gab es rd. 41 Millionen LohnarbeiterInnen, von denen etwa 14 Millionen Menschen, d.h. über ein Drittel, innerhalb dieses Jahres zeitweise oder dauernd arbeitslos waren. (Arbeitslose faul 8-9; SVR 2003, 534) Innerhalb eines Jahres beenden etwa sieben Millionen Arbeitslose ihre Arbeitslosigkeit und etwa genauso viele werden arbeitslos.
* Rd. 3/4 der beschäftigten ArbeiterInnen hatte ein Nettoerwerbseinkommen unter 1.534€ monatlich, 43% sogar unter 1.125€; Rd. 60% aller Angestellten hatten ein Nettoerwerbseinkommen unter 1.534€, rd. ein Drittel unter 1.125 €. (Zahlen von April 2001, Stat. TB 2003, 5.13)
Offiziell sind etwa 36% der Beschäftigten ArbeiterInnen und 58% Angestellte, der Rest Beamte. (Stat. TB 2003, 2.6)
* Durchschnittlich betrug das Arbeitslosengeld in Deutschland 732€ (2001), die Arbeitslosenhilfe 522€. (Arbeitsmarkt 2002, 84) Zwei Drittel der Arbeitslosen sind ArbeiterInnen.
* Der durchschnittliche Sozialhilfebedarf eines Alleinstehenden beläuft sich 2002 auf etwa 640€, der eines Ehepaars mit zwei Kindern auf 1.600€ (Ende 2002; Grundinformationen und Daten zur Sozialhilfe, Juli 2003, 28) Der Sozialhilfebedarf eines Kindes liegt je nach Alter zwischen 300 und 400€.

Zur Niedriglohnökonomie s. auch den Beitrag von M. Chossudovsky in Sand im Getriebe 33
Zur Strategie-Debatte: Beiträge in SiG 31 („Soziale Aneignung statt globale Enteignung“)
und SiG 33 (Wie weiter nach dem 3.4.?)

FÜR MENSCHENWÜRDIGE ARBEITSBEDINGUNGEN IN DER WELTWEITEN SPORTARTIKEL-INDUSTRIE

„Behandelt die ArbeiterInnen nicht wie Maschinen!“ Interview mit Sonia Lara Campos aus El Salvador, Mitarbeiterin des gewerkschaftsnahen, US-amerikanischen National Labor Committee (NLC) in San Salvador

Welche Arbeitsrechtsverletzungen gibt es bei den adidas-Zulieferbetrieben?

(...)Bei allen adidas-Zulieferern, die wir untersucht haben, gibt es zwangsweise Überstunden, bei Chi Fung im Februar und März drei bis vier Stunden am Tag und teilweise Sonderschichten am Samstag und Sonntag. Die Arbeit findet unter extremem Druck statt, die ArbeiterInnen werden von Kameras überwacht, auch angeschrieen.

Bei Krankheiten wird ein Arztbesuch oft verweigert. Um den Druck, die Belastungen und die Schmerzen zu ertragen, nehmen viele Tabletten, einige sind schon abhängig davon.

Zudem gibt es eine sehr antigewerkschaftliche Haltung der Fabrikbesitzer. Die ArbeiterInnen werden eingeschüchtert und bedroht, damit sie sich keiner Gewerkschaft anschließen.

(…)Warum stehen die ArbeiterInnen trotzdem Schlange, um in den Maquilas zuarbeiten?

Tatsächlich finden sich besonders montags und dienstags immer große Gruppen von Arbeitssuchenden vor den Maquilas ein. Es ist das Fehlen einer Alternative, das besonders die jungen Frauen in die Maquilas treibt. Die Regierung fördert allein die Maquila-Wirtschaft, die Landwirtschaft dagegen liegt am Boden. Dazu kommt die schlechte Ausbildung vieler junger Menschen. Neben der Maquila bleibt meist nur noch die Arbeit als Hausangestellte, im ambulanten Straßenverkauf – oder die Emigration in die USA.

Deshalb wollen so viele Menschen in den Maquilas arbeiten – trotz der Hungerlöhne, die dort gezahlt werden. Im letzten Jahr gab es eine fünfprozentige Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns, ein Scherz angesichts der steigenden Lebenshaltungskosten; jetzt sind es gerade mal 151,20 US-Dollar im Monat, die gezahlt werden, und davon werden noch circa zehn Prozent für Sozialabgaben abgezogen.

Deine Arbeit ist sicher nicht ungefährlich. Warum nimmst Du die Gefahren auf Dich?

Vor zwei, drei Jahren wurde ich von einem koreanischen Maquila- Besitzer bedroht. Er bestellte mich allein zu einem einsamen Ort, wo er mit zwei bewaffneten Begleitern erschien. Ich habe das aus der Ferne beobachtet und bin nicht zu ihm hingegangen.

Ich mache die Arbeit, weil ich bis vor ein paar Jahren selbst Maquila-Arbeiterin war. Mit 18 Jahren habe ich in der Maquila Doall begonnen, nach einem Streik für bessere Arbeitsbedingungen wurden wir entlassen.

Danach wurde ich noch zweimal wegen Gewerkschaftsaktivitäten entlassen, seitdem arbeite ich für das National Labor Committee (NLC), führe Untersuchungen durch, halte den Kontakt zu den ArbeiterInnen.

Ich will den ArbeiterInnen zeigen, dass es möglich ist, etwas zu verändern, denn die Meisten glauben nicht daran. Jeden Tag die schlimmen Arbeitsrechtsverletzungen zu sehen, gibt mir die Kraft weiter zu machen.

Zeichnen sich bisher Erfolge ab?

Die Veränderungen sind nicht sehr groß: Anders als damals, als ich anfing in der Maquila zu arbeiten, gibt es dort jetzt keine Kinderarbeit mehr. Auch die Schwangerschaftstests, die zur Entlassung oder Nicht-Einstellung führten, wurden abgeschafft. Und insgesamt hat sich die Behandlung der ArbeiterInnen durch ihre Vorgesetzten verbessert.

Wir haben festgestellt, dass durch die Marken wie adidas Veränderungen durchgesetzt werden können. So geschah es nach dem Besuch von Maik Pflaum (CIR), als im deutschen Fernsehen über die Situation bei einem adidas- Zulieferer berichtet wurde.(Hinweis der SiG-Redaktion: http://www.zdf.de/ZDFde/inhalt/28/0,1872,2019964,00.html

Grobe Fouls adidas produziert unter fragwürdigen Bedingungen) Doch es ist nötig, den Druck auf die Marken ständig aufrecht zu halten. Es muss zudem eine regelmäßige Kontrolle der Zulieferer stattfinden – nicht durch Leute, die die Marken anstellen, sondern durch Unabhängige.

In den Fabriken, in denen wir aktiv sind, wissen die ArbeiterInnen mittlerweile, dass Veränderungen möglich sind. Und wenn der Arbeitsdruck mal wieder steigt, bitten sie uns, etwas zu unternehmen.

(…) Ich glaube, in dieser globalisierten Welt sind internationale Allianzen wie die mit der CCC sehr wichtig. Und die CCC hat die Möglichkeit, Marken wie adidas oder Nike unter Druck zu setzen, damit sie sich ihrer Verantwortung stellen.

INTERVIEW: THOMAS KRÄMER · CIR

http://www.ci-romero.de/seiten/kampagnen/images/em-zeitung.pdf**Sportsommer 2004 – aktiv für ´Fair Play`!**

Auf europäischer Ebene wird die *Clean-Clothes-Campaign* (CCC) mit *Oxfam* und internationalen Gewerkschaftsbünden eine gemeinsame Kampagne zu den Olympischen Spielen starten.
29. Juni Olympische Fackel in München
30. Juni Wir begrüßen die Olympische Fackel in Berlin ...
Weitere Infos:
www.saubere-kleidung.de
www.ci-romero.de
www.fairolympics.org

Bochum: „Ein großer chinesischer Drache schwebte über der Menge. Mit dem Slogan "Näherinnen schuften in China - Karstadt lebt von den Hungerlöhnen" protestierten die örtliche Attac-Gruppe und die Kampagne für saubere Kleidung/ Clean-Clothes-Campain (CCC) gegen die Sportartikel-Industrie. In der CCC sind kritische KonsumentInnen, Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften organisiert, um die weltweite Ausbeutung der Näherinnen von Reebok, adidas und Co anzuprangern.“ Aus der *taz Ruhr Nr. 7343 vom 26.4.2004*

Schröder: *„Es gibt kein Recht auf Faulheit in unserer Gesellschaft!“*

Arbeitslose - alles Faulenzer?

1973 gab es 273.000 Arbeitslose. 2003 sind es etwa 4.400.000.
Werden wir immer fauler?
Auf 4,4 Millionen Arbeitslose kommen 0,4 Millionen offene Stellen.
Sind 4 Millionen Arbeitslose Faulenzer?
2000 gab es 1,3 Millionen Arbeitslose mehr als 1991.
Nahm die Faulheit in den 90er Jahren sprunghaft zu?
50-Jährige sind mehr als doppelt so häufig arbeitslos wie 25-Jährige.
Nimmt die Faulheit mit wachsendem Alter zu?
Bauarbeiter werden im Winter häufig arbeitslos.
Nimmt die Faulheit im Winter zu?
In Ostdeutschland ist die Arbeitslosigkeit mehr als doppelt so hoch wie im Westen.
Sind Ostdeutsche mehr als doppelt so faul wie Westdeutsche?
BezieherInnen von Arbeitslosenhilfe bekommen im Schnitt 522 Euro.
Meinen Sie wirklich, dass sich „Faulheit“ lohnt?
Zwei Drittel der Arbeitslosen haben eine Berufsausbildung.
Ist jemand faul, der nicht jede Stelle annehmen will?
Auch beschäftigte Arbeitskräfte, die nicht immer länger und mehr arbeiten wollen, gelten als Faulenzer. Wer dagegen Kapital hat, ist angeblich immer fleißig.



Nicht Faulheit - Profit ist das Problem!

- Mit immer besseren Maschinen und Anlagen werden immer mehr Arbeitskräfte überflüssig. Ob sie fleißig waren oder nicht, spielt keine Rolle.
- Arbeitskräfte werden letztlich nur beschäftigt, wenn sie Profit bringen.Der Nutzen einer Arbeit für die Gesellschaft zählt nicht viel.
- Wer zu wenig einbringt, weil z.B. „zu alt“, findet erst recht kaum noch Arbeit.
- Kapital ist „zu faul zu arbeiten“, wenn die Rendite nicht stimmt.
- Moderne Maschinen verkürzen die Arbeitszeit für Produkte. Doch die Arbeitszeit wird verlängert und immer stressiger, damit sich die teuren Investitionen lohnen. Arbeitslose bleiben draußen. Fleiß spielt keine Rolle.

In Krisen wie jetzt werden noch mehr Menschen arbeitslos. Krisen entstehen nicht, weil aus Faulheit zu wenig, sondern weil zu viel produziert wird. Zu viele Waren, zu viel Kapital. Das lässt die Profite abstürzen. Die Überproduktion muss vernichtet werden. Noch bessere Maschinen werden angeschafft, um aus der Krise herauszukommen.
Und alles geht wieder von vorne los.
Je „fleißiger“ die Beschäftigten sind, je mehr Kapital sie produzieren, desto eher werden sie und desto länger bleiben sie arbeitslos.
Wir arbeiten zu viel! Wir haben ein Recht auf „Faulheit“!
Wir haben kein Interesse, für weniger Lohn mehr zu arbeiten, nur um bei Millionären nicht als Faulenzer zu gelten.
Die leben im übrigen nur deshalb im Luxus, weil sie andere für sich arbeiten lassen.

Weniger arbeiten = weniger Arbeitslose!

30 Stunden in der Woche sind genug!
Dezember 2003



V.i.S.d.P.: Rainer Roth, Berger Str. 195, 60385 Frankfurt, Tel. 069/ 45 38 32